

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2010

Jürgen Klute MdEP (Hrsg.)

Jeder gegen Jeden?

Die EU und die Krise



GUE/NGL

Vereinte Europäische Linke/Nordische Grüne Linke
Parlamentsfraktion · EUROPÄISCHES PARLAMENT



Dieses Supplement erscheint als Publikation von Jürgen Klute MdEP, Delegation DIE LINKE in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

Klaus Dräger ist Mitarbeiter der Linksfraktion im Europäischen Parlament (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; GUE/NGL) im Ausschuss für Beschäftigung und soziale Fragen (EMPL). Kontakt: klaus.draeger@europarl.europa.eu

Jürgen Klute ist Europaabgeordneter der Linksfraktion im Europäischen Parlament (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; GUE/NGL) und deren Koordinator im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON). Kontakt: juergen.klute@europarl.europa.eu

Andreas Wehr ist Mitarbeiter der Linksfraktion im Europäischen Parlament (Konföderale Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke; GUE/NGL) im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON). Kontakt: andreas.wehr@europarl.europa.eu

Inhalt

Klaus Dräger/Andreas Wehr

Die EU und die Krise: »Die ewige Wiederkehr des Gleichen« 1

Jürgen Klute

Was tun - in der Krise? 57

Alternative Ansätze für einen Ausweg aus dem Chaoskapitalismus

Supplement der Zeitschrift Sozialismus 1/2010; ISSN 0721-1171

Eine Publikation von Jürgen Klute MdEP,

Delegation DIE LINKE in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/
Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

Europäisches Parlament, Rue Wiertz, ASP 6F254, B-1047 Brüssel, Belgien

www.dielinke-europa.eu; Redaktionsschluss: 20. November 2009

Kostenlose Einzelexemplare (gegen Versandkostenbeteiligung) über

VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, D-20099 Hamburg

Druck und Buchbinderarbeiten: Idee, Satz und Druck, Hamburg

ISBN 978-3-89965-954-2

Klaus Dräger/Andreas Wehr

Die EU und die Krise: »Die ewige Wiederkehr des Gleichen«

»Die Grundlagen der europäischen Wirtschaft sind solide, und die Haushalte sehen 2008 schon beträchtliche Anreize vor. Daher spricht zum gegenwärtigen Zeitpunkt überhaupt nichts dafür, dass zusätzliche finanzpolitische Anreize in Europa notwendig sind. Lassen wir die automatischen Haushaltsstabilisatoren frei wirken, ohne die langfristige Konsolidierung zu gefährden. Der 2005 überarbeitete Stabilitäts- und Wachstumspakt hat gute Dienste geleistet. Auf dieser Grundlage konnten wir die öffentlichen Finanzen sanieren und 2006 und 2007 wieder ein Wachstumsniveau wie zu Beginn des Jahrtausends erreichen. Wir sollten es uns zweimal überlegen, bevor wir in schlechte Gewohnheiten zurückfallen.«

EU-Wirtschaftskommissar Joaquin Almunia, EU braucht kein Konjunkturprogramm, FAZ vom 11.2.2008, S. 11

»Eine weitere ideologische Gottheit ist gescheitert. Die Annahmen, welche die Politik über drei Jahrzehnte geleitet haben, erscheinen als so überholt wie einst der revolutionäre Sozialismus. (...) Im extremsten Fall könnte die Integration der Weltwirtschaft, von der wir jetzt fast alle abhängen, rückgängig gemacht werden. Globalisierung ist eine Wahl. Die integrierte Weltwirtschaft der Jahrzehnte vor dem Ersten Weltkrieg brach zusammen. Dies könnte wieder passieren.«

Martin Wolf, Seeds of its own destruction, Financial Times, 8.3.2009

Der Schreck über die Tiefe der bisherigen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 ist den etablierten Wirtschaftswissenschaftlern mächtig in die Glieder gefahren. Wenn schon der frühere Hohepriester des Neoliberalismus, Martin Wolf, eine Systemkrise ausmacht und die wirtschaftspolitischen Paradigmen der letzten 30 Jahre für gescheitert ansieht, so spricht dies Bände über die anfängliche Verunsicherung in diesen Kreisen.

Doch dieser Schockzustand der Eliten währte nur kurz, insbesondere in Europa. Typisch dafür sind die Wendungen des EU-Wirtschafts- und Finanzkommissars Joaquin Almunia. Noch Anfang 2008 wollte er die Krise nicht wahrhaben. Als sie nicht länger zu leugnen war, strickte man eiligst ein Maßnahmenpaket der reicheren EU-Staaten, den *European Economic Recovery Plan (EERP)*. Der Titel weckt Assoziationen zu bekannten

historischen Vorbildern – dem US-Marshall-Plan für Europa (ERP) nach dem Zweiten Weltkrieg.

Anfang März 2009 sprach Almunia sogar von der Notwendigkeit eines zweiten EU-Konjunkturpakets, falls Länder der Eurozone noch tiefer in Schwierigkeiten geraten würden. Die EU-Regierungschefs – allen voran die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel – wollten davon aber nichts wissen.

Bereits im Sommer 2009 sah die Europäische Kommission wieder Licht am Ende des Tunnels: Die Wirtschaft der reicheren EU-Länder erhole sich schneller von der Doppelkrise, als noch Monate zuvor erwartet. So forderte der »Heilige Joachim der gesunden öffentlichen Finanzen« bereits Ende September 2009 wieder, dass die EU-Mitgliedstaaten ab 2011 mit »einer sehr substanziellen Sanierung« ihrer Staatsfinanzen beginnen müssten. Die Politik müsse verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen dabei »Wohlstandsverluste« zumuten. Sie stünde dabei »vor schwierigen Entscheidungen« und »sozialen Verteilungskonflikten« (Handelsblatt vom 18.9.2009).

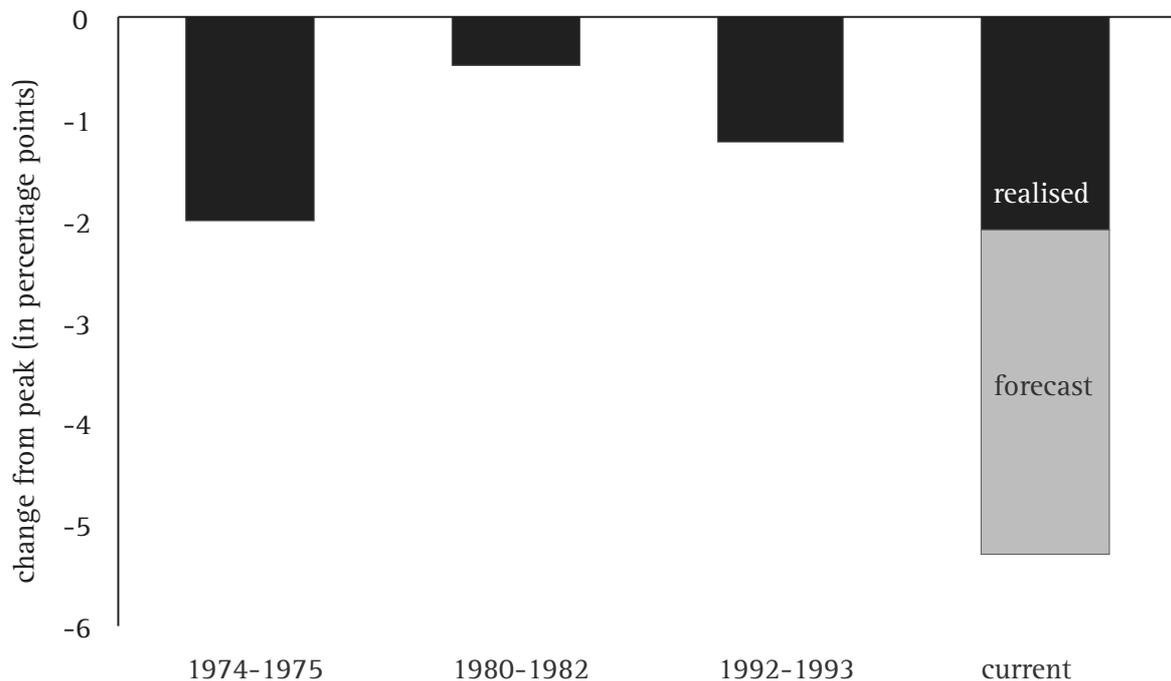
Am 15. Oktober 2009 legte die Kommission schließlich ihre Vorschläge für einen EU-weit konzertierten Ausstieg aus schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen vor (Exit-Strategie). Die EU-Wirtschafts- und Finanzminister begrüßten diesen auf ihrem Gipfeltreffen am 20. Oktober 2009 im Grundsatz. Damit ist die Katze aus dem Sack: Bis 2010/2011 fährt die EU wirtschaftspolitisch »auf Sicht« und will Konjunkturimpulse und lockere Geldpolitik noch so lange aufrecht erhalten, wie es aus ihrer Sicht als unabwendbar erscheint. Dann aber soll über Jahre hinweg »gespart« werden, bis es quietscht. Die neoliberale Orthodoxie ist wieder hergestellt: Die geordnete »Rückkehr zur Normalität« vor der Krise sei jetzt das Gebot der Stunde.

1. Wird die Krise 2011 überwunden sein?

Auch die Europäische Kommission leugnet nicht, dass wir es von Ende 2007 bis Ende 2009 mit der tiefsten Krise in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu tun haben (siehe Grafik 1).

Die Prognosen von EU, IWF und OECD weisen zwar darauf hin, dass der Tiefpunkt des Wachstumseinbruchs erreicht sei und eine Bodenbildung stattfinden könnte. Ein robuster, selbsttragender Aufschwung ab 2010 sei aber eher unwahrscheinlich, so der IWF. 2008 habe die EU-27 noch ein Wachstum von 1% verzeichnet (die Eurozone nur 0,7 %). 2009

Grafik 1: Minuswachstum des Bruttoinlandsprodukts in verschiedenen Rezessionen, Eurozone



Quelle: Commission services

ergebe sich ein Minus von 4,2%, und 2010 ein Plus von 0,5% für die EU-27 (0,3% für die Eurozone).¹

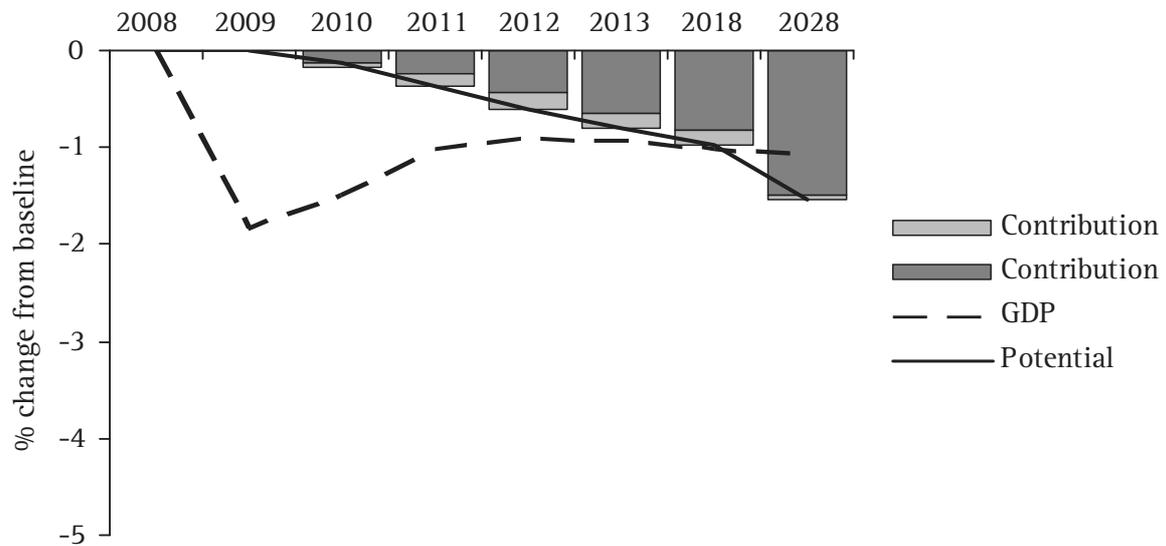
Damit wäre doch eine längere Strecke der »Erholung« nötig, bis die EU-27 zumindest wieder den Stand ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 2008 erreicht hätte. Das im April 2009 vorgestellte Frühjahrsgutachten der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute rechnet damit, dass das Niveau des bundesdeutschen BIP von 2008 erst in 2013 wieder erklommen werden kann. Die Zahl der abhängig Beschäftigten soll demnach auch in 2013 noch massiv unter dem Niveau von 2008 liegen. Vier bis fünf Jahre Stagnation mit deutlich mehr Erwerbslosen sind also die Kernhypothese dieser Prognosen.

Die Ökonomen der Europäischen Kommission zeichnen auf lange Sicht ein noch pessimistischeres Bild.² Ihnen geht es nicht nur um den Zeitpunkt, wann die EU wieder den Wachstumsstand von 2008 erreicht hat. Die Frage lautet vielmehr, ob der bisherige (recht moderate) Wachstums-

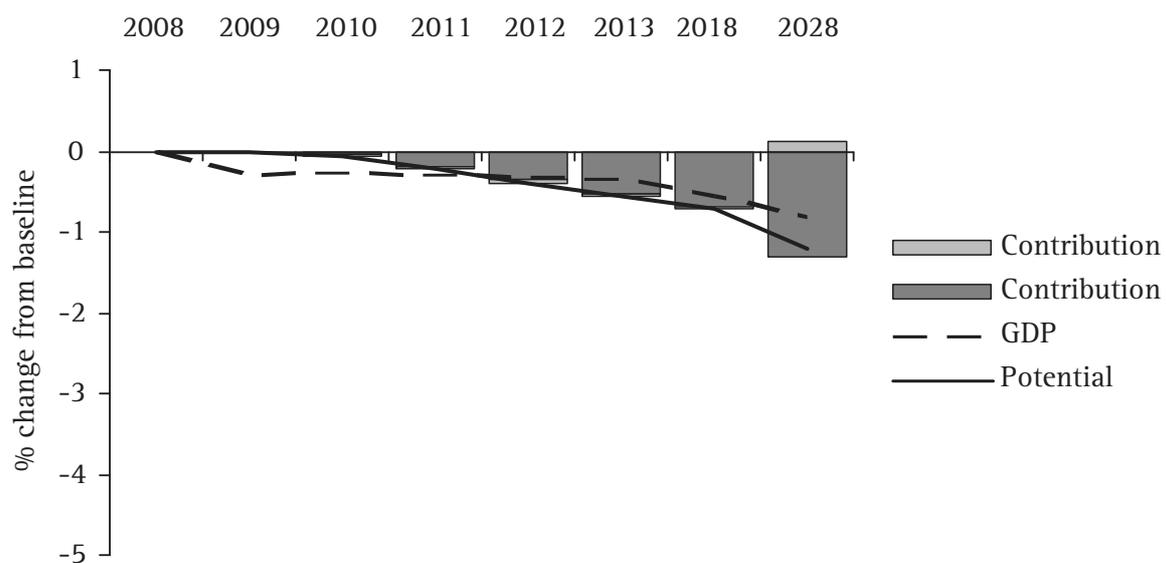
¹ IMF Regional Economic Outlook: Europe – Securing Recovery, October 2009

² Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses; European Economy 7/2009

Grafik 2: Finanzkrise und potenzieller Output mit flexiblen Löhnen und starren Preisen



Grafik 3: Finanzkrise und potenzieller Output mit flexiblen Löhnen und Preisen



Quelle: European Commission

trend von 2004 bis Ende 2007 fortgesetzt werden könne. Der Befund: Als Folge der aktuellen Krise sei mit einer über Jahrzehnte anhaltenden Produktions- und Dienstleistungslücke zu rechnen.³ Die »Rückkehr zum Potenzialwachstum von vor 2008« wird demnach nicht einmal 2028 erreicht – vielmehr ist mit einer weiteren deutlichen Abschwächung zu rechnen.

³ Die Grafiken 2 und 3 dokumentieren nur die aus neoliberaler Sicht »positiveren« Prognosen für eine Rückkehr zum vorher erreichten Wachstumspfad.

Mit dieser an die »fachkundige« Gemeinde der »Wirtschaftsexperten« gerichteten Publikation wird auch deutlich, worauf Joaquin Almunia seine Aussagen über »empfindliche Wohlstandsverluste« und »soziale Verteilungskämpfe« stützt: Der gesamtwirtschaftliche Kuchen wird über Jahrzehnte deutlich geringer als vor 2008 wachsen, es gibt weniger zu verteilen. Mit »flexiblen Löhnen« ist natürlich eine weitere kräftige Anpassung der Löhne nach unten gemeint. Und dies vor dem Hintergrund, dass in den letzten 30 Jahren der Anteil der Löhne am Nationaleinkommen bereits drastisch gesunken ist,⁴ bis Ende 2007 die Profite der Unternehmen und die Vermögen der Reichen aber explodiert sind.

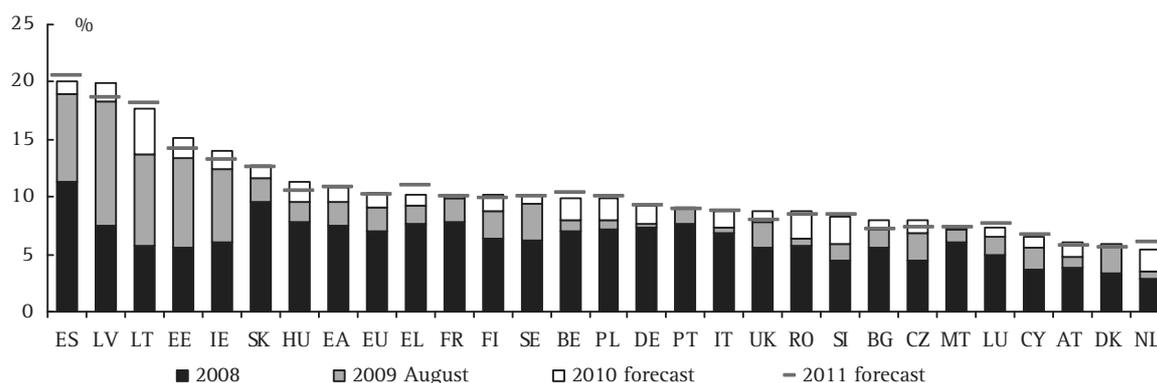
Unter Wirtschaftswissenschaftlern wird viel darüber spekuliert, ob die wirtschaftliche Erholung einer V-, einer W- oder einer L-Kurve folgen wird. Eine V-Kurve steht für »steilen Abstieg, gefolgt von einem steilen Aufschwung«. Eine W-Kurve entspräche einem Zick-Zack-Kurs: Abschwung – kleiner Aufschwung – erneuter Abschwung. Und die L-Kurve steht für Abschwung, gefolgt von einer kürzeren oder längeren Phase wirtschaftlicher Stagnation.

Das von den Ökonomen der EU-Kommission gezeichnete Szenario entspricht im Grundsatz eher der Prognose einer langen L-Kurve, immerhin bis 2028 und darüber hinaus. Aus ihrer Sicht ließe sich diese Kurve zumindest für Unternehmen und Vermögende »optimieren«, sofern bei Sozialstaat und Löhnen die »Kosten« für die Unternehmen gesenkt und durch »Innovation« und weitere Flexibilisierung von Güter-, Dienstleistungs- und Arbeitsmärkten »positive gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen« für ein solches Unterfangen geschaffen und verstetigt würden. Trotz abgeschwächter Wachstumstrends ergebe sich für die Unternehmen immerhin eine Entwicklung, bei der zwar die vorher realisierten jährlichen Zugewinne nicht mehr im bisherigen Umfang möglich sind, aber immerhin ein dramatischer Absturz vermieden wird. Wer dabei auf der Verliererstraße sein wird, ist ebenfalls klar – abhängig Beschäftigte, Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose usw.

Die EU-Kommission geht auf die kurze Sicht von einer Arbeitslosenquote von 11% im Durchschnitt der EU-27 bis Ende 2010 aus – das sind rund 27 Mio. Menschen (Grafik 4). Das ist im Vergleich zum Stand von 2007 (7,1%) zwar eine deutliche Steigerung – aber ein recht milder Wert gegenüber den Arbeitslosenzahlen in den 1930er Jahren.

⁴ Die bereinigte Lohnquote sank in der EU-15 von knapp 68% in 1972 auf knapp 58 % in 2009, Bispinck/Schulten 2009.

Grafik 4: Arbeitslosenquoten in der EU 2008-2010



Die Reaktionsmuster zur Krisenentwicklung während der Großen Depression der 1930er Jahre und der aktuellen sind ansonsten recht ähnlich: Zuerst wartete man 1929 zunächst ab (anders als heute), dann kamen recht zögerliche »Konjunkturprogramme« mit Steuersenkungen usw., dann ein Wettlauf um Lohn- und Preissenkungen, der in eine Deflationsspirale mündete. Die Wirtschaftshistoriker Barry Eichengreen und Kevin O' Rourke bieten im Internet dazu einen Vergleich des Krisenverlaufs der Großen Depression mit dem heutigen an.⁵ Auch dieser ist nicht sehr ermutigend (Stand September 2009).

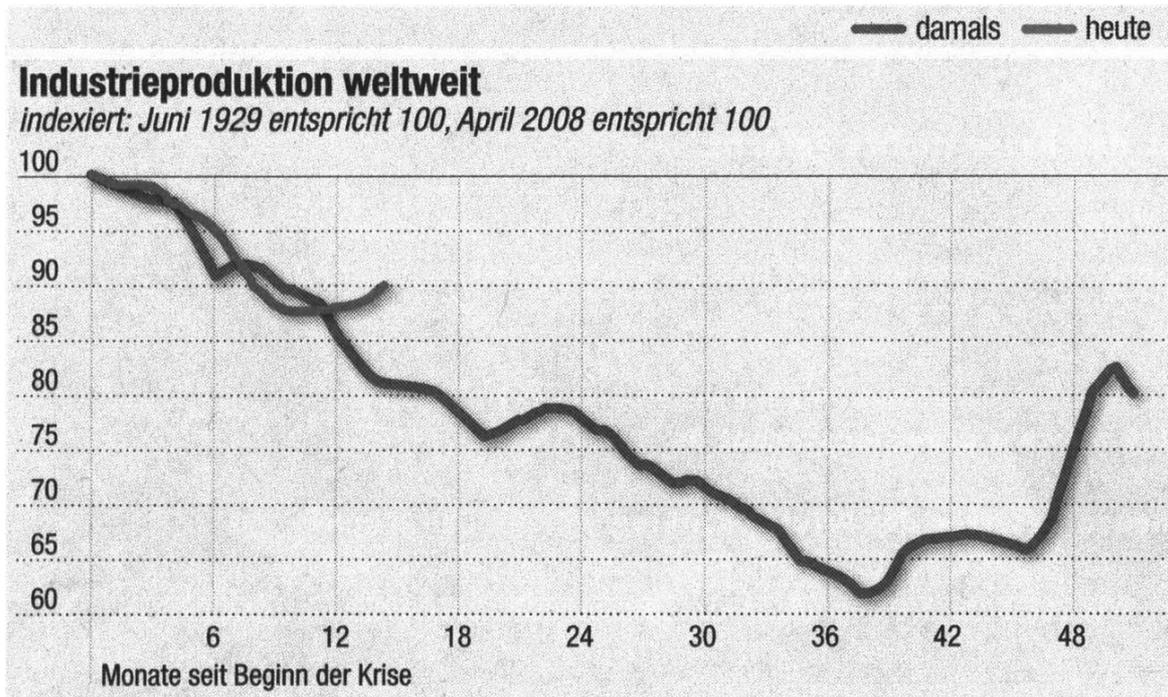
In der aktuellen Krise wurde frühzeitiger als nach 1929 mit Konjunkturprogrammen reagiert – deshalb die leichte Aufwärtsbewegung nach etwa 15-18 Monaten (Grafik 5)⁶. Die große Frage ist, ob die Endnachfrage nach dieser gesteigerten industriellen Produktion sich im Zeitablauf realisieren und stabilisieren wird. Wenn die Verbrauchernachfrage sich insbesondere in den USA weiter schwach entwickelt, bleibt ein großer Teil dieser Industrieproduktion auf Halde – und die Unternehmen werden ihre Aufträge wieder zurück schrauben.⁷

⁵ <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3421>

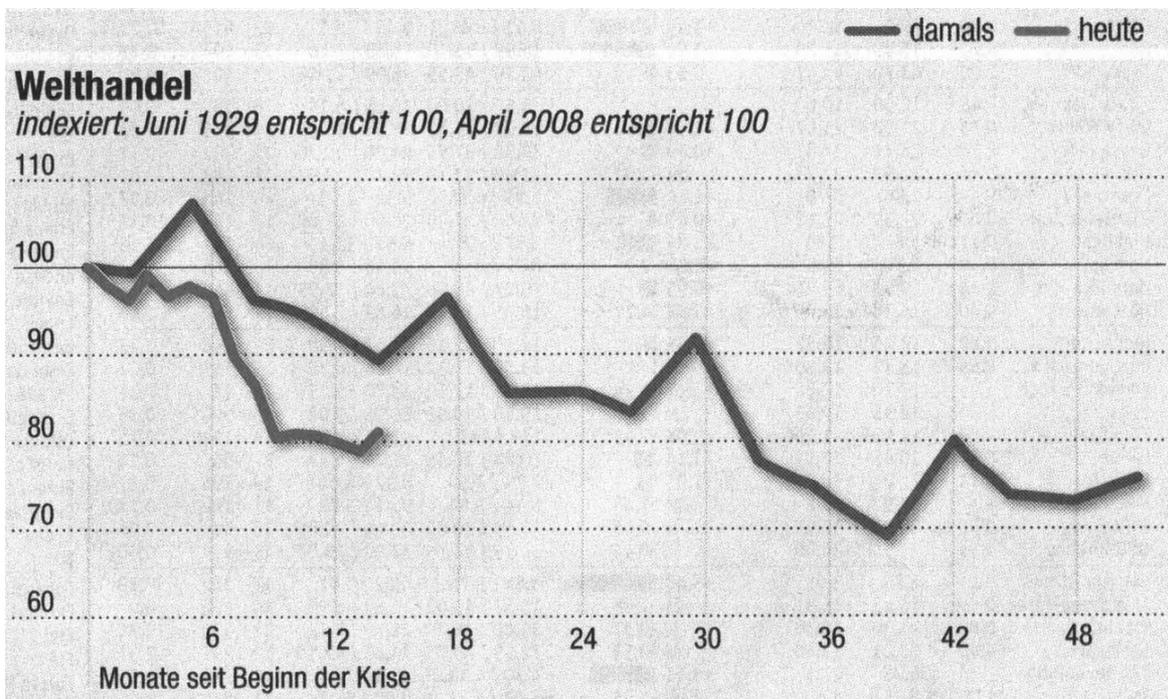
⁶ Im Verlauf der Großen Depression ab 1929 gab es eine ähnliche Entwicklung vom 20. bis zum 25. Monat nach Ausbruch der Krise, wie Grafik 5 zeigt. Eine Schwalbe macht noch nicht unbedingt einen Sommer.

⁷ Viele Analysten bezweifeln, dass ab 2010 ein selbsttragender Aufschwung der Verbrauchernachfrage möglich ist. Die leichte Erholung im zweiten Halbjahr 2009 sei vom Effekt der Konjunkturprogramme auf einige Sektoren – Automobilbranche, Immobilien usw. – getragen, sowie technischen Effekten des Abbaus und der Wiederauffüllung der Lager durch die Unternehmen, so der Chefökonom der Börsengesellschaft Oddo, Bruno Cavalier. Sie sei nur temporär. In 2010 werde die Verdoppelung des Ölpreises, der Sturz des Dollars und die spiegelbildliche Aufwertung des Euro sowie die fortbestehenden Probleme von Unternehmen und Verbrauchern beim Zugang zu Krediten zumindest in der EU die Verbrauchernachfrage dämpfen. Siehe »Le Monde« vom 20.10.2009 (Europe: pourquoi la reprise décevra en 2010). Diese skeptische Sicht teilt auch der Europäische Gewerkschafts-

Grafik 5: Weltweite Industrieproduktion, damals und heute
(erster Krisenmonat ab 1929 versus erster Krisenmonat ab 2008)



Grafik 6: Welthandelsvolumen, damals und heute
(erster Krisenmonat ab 1929 versus erster Krisenmonat ab 2008)



Quelle: www.voxeu.org; Grafik nach Süddeutsche Zeitung

bund. Siehe »The ETUC Autumn 2009 Report on the European Economy: In the eye of the storm?«; Brussels, November 2009

Betrachtet man die Entwicklung des Welthandels (Grafik 6), so verläuft die aktuelle Krisenkurve deutlich unterhalb der Entwicklung in den 1930er Jahren. China, Indien, Brasilien und wer immer können die frühere Rolle der USA als weltweiter »Endverbraucher der letzten Instanz« offenbar nicht wettmachen.

Die bereits zitierten Wirtschaftsexperten der Europäischen Kommission sind in Bezug auf die historischen Krisenbewältigungsstrategien zumindest in einem Punkt ehrlich:

»Der Zweite Weltkrieg brachte im Gefolge der Rezession 1937/38 die finale Ausstiegsstrategie aus der Großen Depression. Auch wenn es betrüblich ist, dies so feststellen zu müssen: Erst die Mobilisierung (für den Zweiten Weltkrieg – KD/AW) brachte Vollbeschäftigung in den USA und in der ganzen Welt.«

Der britische Wirtschaftswissenschaftler Alan Freeman stimmt dieser Analyse durchaus zu, zieht aber andere Schlussfolgerungen als die Kommission:

»1933 stieg die Arbeitslosenquote in den USA auf bisher unerreichte 25%. Der Grund dafür ist leicht zu erkennen: Das Kapital investierte nicht mehr. Schon 1932 fielen die privaten Investitionen jeglicher Art auf einen Tiefststand von 2% des BIP, gegenüber 15,9% des BIP nur drei Jahre zuvor. Ein Investitionsausfall von solchen Dimensionen ist weitaus schlimmer als jeder Nachfragerückgang. Man kann Steuern und Zinsen senken so weit es irgend geht, aber so lange die Investoren niemandem mehr Geld in den geöffneten Rachen werfen, geht die Wirtschaft nirgendwo hin. Da muss der Staat direkt einspringen. In den Worten von Keynes, die aber von den aktuell zu seiner Lehre bekehrten Jüngern tunlichst ignoriert werden: Es geht um die ›Sozialisierung der Investitionen‹.

Aber in welcher Größenordnung? Wie aktuell Obama – aber zwei Jahre zu spät – erhöhte der New Deal die öffentlichen Ausgaben auf 5% des BIP jährlich. Die Arbeitslosenquote sank auf 16% bis zur erneuten Mini-Rezession 1937-38. Das war cool – aber kein Aufschwung. (...) Dieser kam nicht vom New Deal, sondern vom Zweiten Weltkrieg. Zwischen 1938 und 1944 verdreifachten sich die Staatsausgaben, und machten etwa die Hälfte des BIP aus – verglichen mit mickrigen 3% privater Investitionen in der gleichen Periode. Und als der Krieg vorbei war, verharrten die staatlichen Investitionen auf einem Niveau des Zweifachen der Vorkriegszeit, trotz aller törichten Versuche, diese zurückzuschneiden. Das war am Ende das ›wirtschaftspolitisch Erforderliche‹, um die Krise zu ›überwinden‹. (...) Dies gibt uns etwas zum Nachdenken. Es bedeutet: um die Krise zu überwinden, brauchen wir etwas ziemlich Unerhörtes – Staatsintervention wie zu

*Kriegszeiten, aber bereits jetzt in Friedenszeiten. (...) Kapital, geh aus dem Weg. Öffentliche Hand, steige ein.*⁸

Wie immer man dies beurteilen mag – die historische Dimension der Finanz- und Wirtschaftskrise ist im gegenwärtigen öffentlichen Diskurs jedenfalls völlig unterbelichtet. Ihre Folgen und wie sie »bewältigt« werden, dürften noch Jahrzehnte nachwirken.

2. EU-Krisenreaktion I: Die Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat seit der Einführung des Euro 1999 im Vergleich zur Zentralbank der USA (Federal Reserve oder kurz Fed) eher eine restriktive Geldpolitik betrieben. Erstens stellte sie stets klar, dass sie mit der Wahrung der Preisstabilität ihren Auftrag als erfüllt ansieht. Dass der EU-Vertrag auch vorsieht, dass sie darüber hinaus die Wirtschaftspolitik der EU unterstützen soll, sofern die Geldwertstabilität dadurch nicht gefährdet wird, interessierte die amtierenden EU-Zentralbanker wenig.

Zweitens setzte die EZB bei ihrer Geldpolitik auf eine Mischung von »inflation targeting« und Geldmengensteuerung. Beim »inflation targeting« wird im Vorhinein eine Obergrenze für die Inflation bekannt gegeben. Die Zentralbank signalisiert den Finanzmärkten, dass sie alles Erforderliche tun wird, damit diese Obergrenze nicht dauerhaft überschritten wird. Die EZB verkündete stets eine dogmatische Obergrenze für die Inflation von 2%.

Dieses extrem niedrige Inflationsziel ist historisch kaum begründbar. So fand der eher konservative Harvard-Professor Robert J. Barrow 1995 in einer Untersuchung des Zusammenhangs von Inflation und Wachstum von 100 Staaten für den Zeitraum 1960 bis 1990 zu seiner eigenen Überraschung heraus: *»Ein signifikant negativer Einfluss von Inflation auf das Wirtschaftswachstum zeigt sich nur für hohe Inflationsraten. Die Beziehung ist bedeutungslos, wenn man jährliche Inflationsraten von 10% und weniger betrachtet.*⁹

Nur die »galoppierende Inflation« ist demnach ernsthaft gefährlich – ansonsten kann eine Abwägung zwischen den gesellschaftlichen Kosten von mehr Inflation oder mehr Arbeitslosigkeit getroffen werden. Paul Krug-

⁸ Alan Freeman: How much is enough?; MPRA Paper No. 13262, 9 February 2009

⁹ Zitiert nach »Die Zeit« vom 13.7.1995; Originalstudie Robert J. Barrow: Inflation and Economic Growth, NBER Working Paper No. 5326, 1995

man berechnete etwa für die USA, dass die rigide Inflationsbekämpfung zwischen 1980 und 1986 unter dem US-Präsidenten Ronald Reagan die US-Volkswirtschaft rund 20% eines jährlichen Sozialprodukts und bedeutende Arbeitsplatzverluste gekostet hat.

Drittens betrieb die EZB in der Regel eine Geldpolitik, die die Entwicklung der Wechselkurse des Euro zu anderen wichtigen Weltwährungen (US-Dollar, Yen usw.) eher ignorierte (*»begin neglect«*). Frei flottierende Wechselkurse galten als *»Normalität«*, irgendwelche internationalen Arrangements zur Stabilisierung der Wechselkurse (z.B. Vereinbarungen über Wechselkurs-Zielzonen) wurden nicht angestrebt. Der Europäische Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Eurozone, dem laut EU-Vertrag die Kompetenz für die Euro-Wechselkurspolitik obliegt, machte davon keinen Gebrauch.

Die Zins- und Wechselkurspolitik hat aber recht erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung: *»Makroökonomischen Schätzungen zufolge bewirken Zinssenkungen um 1,25 Prozentpunkte einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um etwa 0,6% in den ersten beiden Jahren, während die Aufwertung des Euro (der Außenwert des Euro stieg z.B. zwischen Dezember 2001 und Dezember 2004 real effektiv um 25% und gegenüber dem US-Dollar gar um 50% – KD/AW) das BIP um 2% senkte.«*¹⁰

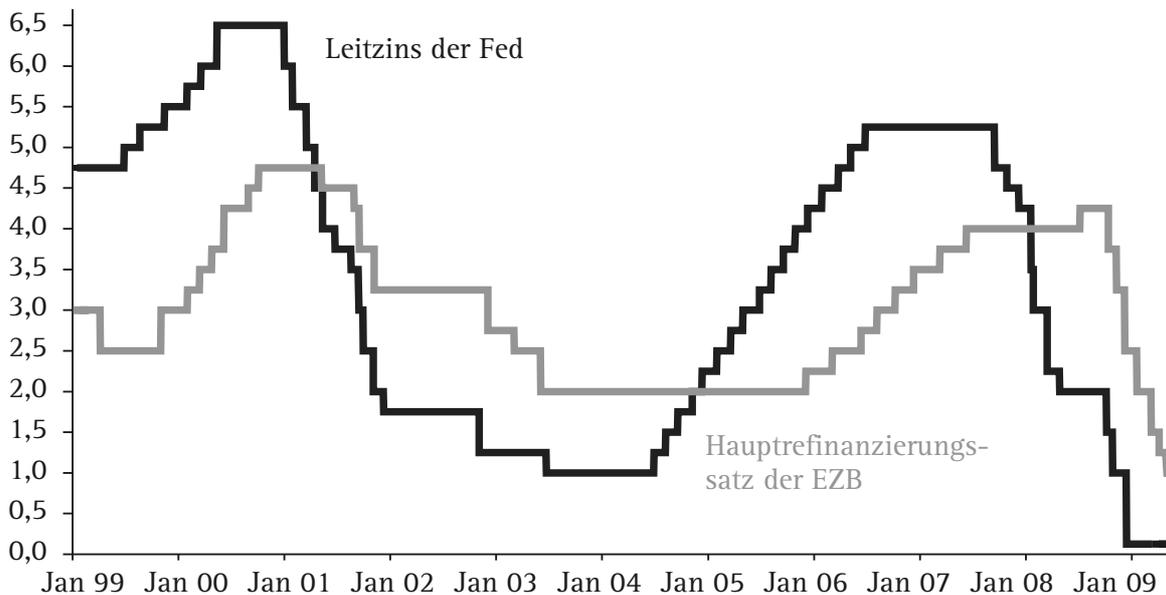
Wie Grafik 7 anschaulich zeigt, ist die EZB Zinssenkungsschritten der US Federal Reserve stets nur zögerlich gefolgt.

Typisch für die bornierte restriktive Haltung der EZB ist, dass sie noch Mitte 2008 – die Eurozone befand sich bereits im zweiten Quartal der Rezession – den geldpolitischen Leitzins auf 4,25% an hob. Erst nach der Insolvenz von Lehman-Brothers im September 2008 ging ihr auf, dass sie die Zinsen nun eigentlich senken müsste. Doch auch dies geschah nur in Trippelschritten und im Nachklapp zu drastischeren Zinssenkungen der Fed. Sie erweiterte nun auch den Kreis von Finanzinstitutionen, die sich bei ihr Liquidität (= neues flüssiges Geld) verschaffen durften, sowie den Kreis der als Sicherheiten dabei zu akzeptierenden Wertpapiere. *»Angesichts der Unsicherheit über ihren eigenen Liquiditätsbedarf und die beschränkte Funktionsfähigkeit des Geldmarktes machten die Banken von dieser Möglichkeit stark Gebrauch und parkten die überschüssigen Mittel in der mit 3,25% verzinsten Einlagefazilität der EZB.«*¹¹

¹⁰ Silke Tober: EZB-Politik mit restriktivem Unterton, in: WSI-Mitteilungen 8/2009, S. 484/485

¹¹ Ebenda

Grafik 7: Leitzinsen in der Eurozone und in den USA 1999 bis 2009, in %



Quelle: Silke Tober: EZB-Politik mit restriktivem Unterton, in: WSI-Mitteilungen 9-2009

Für die von Schrottpapieren und schlechten Bilanzen gestressten Banken war das ein schönes Geschäft: Wer gab ihnen sonst schon vergleichsweise so hohe Zinsen? Die Politik der EZB trug somit dazu bei, dass trotz Rezession die Kreditvergabe an die »Realwirtschaft« nicht so zügig in Gang kam, wie es angesichts der Tiefe der Finanz- und Wirtschaftskrise nötig gewesen wäre.

Immerhin: Ab etwa Mai/Juli 2009 kopierte die EZB etwas zögerlich auch die Praxis der Fed und der britischen Zentralbank einer unkonventionellen »quantitativen Lockerung« der Geldpolitik. Sie verlängerte die Frist für Refinanzierungsgeschäfte, kaufte direkt Pfandbriefe und später Unternehmensanleihen, um Banken und Unternehmen »flüssiges Geld« zu beschaffen und so Zusammenbrüche zu verhindern.¹²

Ihren Leitzins hat die EZB nur bis auf 1% abgesenkt – die Fed immerhin auf 0%-0,25%. Die EZB könnte also noch etwas tun. Eigentlich wären inzwischen negative Zinsen nötig: Für die EU ist von -2% bis -4,5% die Rede, für die USA sogar von -5%.¹³ Die Geldpolitik scheint am Ende

¹² Allerdings: Auch bei dieser »Operation Billiggeld« war die EZB deutlich zögerlicher als die Fed. Die Bilanzsumme des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB; EZB und die nationalen Notenbanken der Eurozone) war Mitte April 2009 um knapp 60% höher als zwei Jahre zuvor – die der Fed aber um rund 150%.

¹³ Financial Times vom 27.4.2009; Fed study puts ideal interest rate at -5%. Wenn auch kaum zu glauben – wie sollen Zinssätze unter Null Prozent denn möglich sein – argumentieren selbst vom bisherigen »Mainstream« herkommende Wirtschaftswissenschaftler wie

der Fahnenstange angelangt zu sein, da sie die Nominalzinsen nicht unter 0% senken kann.

Damit droht die Gefahr einer klassischen, von John Maynard Keynes beschriebenen »Liquiditätsfalle«. Unternehmen halten Investitionen trotz niedriger Leitzinsen zurück, weil sie keine hohen Absatzchancen erwarten. Banken sind aus den gleichen Gründen mit der Kreditvergabe zögerlich – ihre Kunden könnten ja angesichts schlechter Wirtschaftsaussichten, hoher privater Verschuldung und steigender Arbeitslosigkeit die Kredite nicht zurückzahlen. Verbraucherinnen und Verbraucher halten sich mit Käufen zurück, weil sie Einkommenseinbußen aufgrund der Wirtschaftskrise befürchten oder auf weiter sinkende Preise und bessere Schnäppchen warten. Sparzinsen sind niedrig, Kreditzinsen der Banken vergleichsweise hoch. Alle wollen das ihnen zur Verfügung stehende Geld möglichst »flüssig« halten (Liquiditätspräferenz) und horten es. Sparen lohnt nicht, investieren auch nicht. *Rien ne va plus*, kapitalistische Marktwirtschaft.

Die EZB warnte Ende Oktober 2009 bereits vor einer wachsenden Kreditklemme für Unternehmen. Seit Februar 2009 gehen die Kredite an Unternehmen in der Eurozone Monat für Monat zurück. Auch gesunde Firmen kämen nicht mehr an Darlehen oder nur zu sehr schlechten Konditionen. Deutschland ist besonders von der Kreditklemme betroffen: *»Experten zufolge sind die Banken hierzulande mit zu wenig Eigenkapital ausgestattet. Zudem stünden weitere Abschreibungen wegen steigender Kreditausfälle an. Aus unbereinigten Daten der EZB geht sogar hervor, dass Kredite deutscher Banken an Firmen stärker fielen als im Euro-Schnitt: Binnen Jahresfrist um 0,9% verglichen mit 0,4%. Alle Unternehmen und privaten Haushalte im Euro-Raum nahmen im September 0,3% weniger Kredit auf als im Vorjahr.«*¹⁴

3. EU-Krisenreaktion II: Finanzmarktregulierung

US-Präsident Barack Obama und die EU-Regierungschefs schienen sich auf dem ersten G 20-Gipfel im Oktober 2009 in Washington einig: Nichts sollte künftig auf den globalen (und nationalen) Finanzmärkten unreguliert bleiben. Diese auch auf den nachfolgenden G20-Gipfeln in London

das frühere Mitglied des Monetary Policy Committee der Bank of England und frühere Chefökonom der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), Prof. Willem Buiter, inzwischen für ein System negativer Zinsraten. Siehe »The wonderful world of negative nominal interest rates, again«, <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/3626>

¹⁴ Financial Times Deutschland vom 28.10.2009

und Pittsburgh vollmundig angekündigten Versprechen werden aber nicht umgesetzt – weder auf globaler Ebene, noch in der EU.

Immerhin wurde die EU-Richtlinie zur Einlagensicherung im März 2009 verbessert (Erhöhung der Mindestdeckungssumme für Spareinlagen auf 50.000 und später 100.000 Euro pro Person).¹⁵ Spareinlagen sind somit zumindest nominell besser gegen den Zusammenbruch einzelner Banken abgesichert als bisher.¹⁶

Dann ging es um einen Vorschlag der EU-Kommission zur Erhöhung der Eigenkapitalausstattung von Banken und Wertpapierfirmen in der EU-»Kapitalanforderungsrichtlinie«.¹⁷ Diese sollten damit dazu bewegt werden, weniger riskante Geschäfte zu tätigen. Die konservativ-liberale Mehrheit des Europäischen Parlaments erwies sich allerdings als Bremser einer strikteren Regulierung. Bei der ersten Lesung zur Reform dieser Richtlinie stimmte sie dafür, dass es Banken weiterhin gestattet ist, Kredite zu verbrieften. Diese müssen bei Kreditverbriefungen lediglich 5% von deren nominellem Wert in ihren Büchern behalten – von verschiedenen Seiten wurden zuvor mindestens 25% oder 15% gefordert. Statt den gefährlichen Verbriefungsmarkt trocken zu legen, entschied das EP sich also für das »Weiter so!« Das Problem des ab 2005 virulent gewordenen Systems von »Schattenbanken« – vereinfacht dargestellt, wurde es durch die Möglichkeit geschaffen, die Werte von hoch riskanten Papieren aus den Bilanzen der Banken herauszuhalten – wird dabei weiterhin überhaupt nicht angegangen.

Nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers im Oktober 2008 berief die EU-Kommission schließlich eine externe »Hochrangige Gruppe zur EU-Finanzaufsicht« ein. Geleitet wurde sie von Jacques de Larosière, einem früheren Banker und ehemaligen geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds (IWF). Auch die übrigen Mitglieder der »de Larosière Gruppe« hatten sich als entschiedene Neoliberale einen Namen gemacht – etwa der deutsche »Vater der Wirtschafts- und Währungsunion«, Otmar Issing. Oder Leszek Balcerowicz, der sich als polnischer Brutalprivatisierer der frühen 1990er Jahre aufgeführt hatte. Hier wurden also erfahrene Brandstifter zu Feuerwehrleuten gemacht.

Die am 25.2.2009 vorgestellten Empfehlungen dieser »Hochrangigen Gruppe« enthielten einige durchaus bedenkenswerte, traditionelle Vor-

¹⁵ Siehe http://ec.europa.eu/internal_market/bank/docs/guarantee/200914_de.pdf

¹⁶ Käme es allerdings zu einem »systemweiten« Absturz der Banken (und nicht nur einzelner von ihnen), wäre fraglich, wie lange die Einlagensicherungssysteme zahlungsfähig bleiben würden.

¹⁷ Siehe http://ec.europa.eu/internal_market/bank/regcapital/index_de.htm

schläge zur Finanzmarktaufsicht in der EU. Insgesamt warnten sie aber vor allem vor der angeblichen Gefahr einer »Überregulierung« der Finanzmärkte.¹⁸

Nach ausführlichen Beratungen und Schlussfolgerungen im Rat der EU-Wirtschafts- und Finanzminister legte die Europäische Kommission am 23.9.2009 auf dieser Grundlage ihre Vorschläge zur Neugestaltung der Finanzaufsicht in der EU vor.¹⁹ Ähnlich wie die de Larosière Gruppe forderte sie eine Mischung aus einer auf der EU-Ebene zentralisierten Finanzaufsicht (Europäischer Ausschuss für Systemrisiken unter Vorsitz des Präsidenten der EZB) und einem System daran angebundener nationalstaatlicher Aufsichtsbehörden. Nach wie vor geht es dabei um das Projekt eines liberalisierten, »integrierten EU-Finanzmarkts«. In diesem Rahmen sollen gemäß den Empfehlungen der de Larosière Gruppe *»Systemrisiken abgewendet oder eingedämmt, Phasen weit verbreiteter finanzieller Notlagen vermieden und ein reibungsloses Funktionieren des Binnenmarkts sowie ein nachhaltiger Beitrag des Finanzsektors zum Wirtschaftswachstum sichergestellt«* werden.

Gegen die Vorschläge der Kommission entwickelte sich bald Widerstand aus London, Berlin und Madrid. Deren Regierungschefs empfinden die vorgeschlagenen Kompetenzen der EU-Aufsicht als zu weitgehend. Die schwedische EU-Präsidentschaft griff dies auf. Die Kompetenzen der EU-Agenturen wurden in ihren Verordnungsentwürfen zur Finanzaufsicht deutlich verwässert. Dahinter steckt etwa die Sorge der Regierungen von Nicht-Euroländern, dass sie auf einen bei der EZB angesiedelten Ausschuss für Systemrisiken nur geringen Einfluss nehmen können. Gefragt wird, ob die Ansiedlung der Aufsichtsbehörde bei der EZB nicht zur Kollision mit den eigentlichen Aufgaben der Zentralbank führt. Auch in den USA trifft die Übertragung von Teilen der Bankenaufsicht auf die Zentralbank (Fed) auf Kritik, denn es war ja die Fed, die mit ihrer Politik des billigen Geldes viel Öl in das Spekulationsfeuer gekippt hatte.

Der härteste Widerstand richtet sich aber gegen mögliche direkte Eingriffsrechte der europäischen Aufsichtsbehörden. Die Argumentation ist einfach: Wer bei einer Schieflage einer systemrelevanten Finanzinstitution die zu ihrer »Rettung« notwendigen enormen Mittel aus Steuergel-

¹⁸ Siehe hierzu den Bericht »The High Level Group on Financial Supervision in the EU«, Brussels, 25.2.2009; sowie kritisch: Marica Frangakis and John Grahl: »EU financial stabilisation – critical notes on the De Larosière Report«; September 2009; http://www.ipe-berlin.org/uploads/media/Frangakis___Grahl__EU_financial_stabilization.pdf

¹⁹ Es handelt sich um ein Paket von insgesamt vier Verordnungsvorschlägen, einen Richtlinienvorschlag und um einen für eine Entscheidung des Rates.

dern bereitstellt, soll auch das Weisungsrecht haben. Und da die Europäische Union über diese Finanzmittel nicht verfügt, soll sie auch nicht das Einzelweisungsrecht über konkrete Finanzinstitute in den Mitgliedstaaten erhalten.²⁰

So stoßen die großen Pläne der Europäischen Union bei der Reform der Aufsicht über die Finanzmärkte einmal mehr auf die harte Realität: Das Geld und damit die Macht liegen weiter bei den Nationalstaaten. Und daher werden diese sich kaum die Entscheidungsbefugnis »in letzter Instanz« aus der Hand nehmen lassen.²¹

Auch die stark in die Kritik geratenen Hedgefonds, Private Equity Fonds usw. will die EU-Kommission nun ins Visier nehmen. Unter dem Sammelbegriff »Alternative Investmentsfonds« (AIF) soll angeblich zumindest ihr Management künftig stärker reguliert werden. Derzeit unterliegen Hedgefonds und Private Equity den finanz- und gesellschaftsrechtlichen Vorschriften der Mitgliedstaaten, von denen aus sie agieren. In vielen EU-Ländern – nicht zuletzt in der Bundesrepublik unter Rot-Grün – wurde den Fonds mit umfangreichen gesetzlichen Deregulierungen erst der Weg geebnet. Die nationalen Aufsichtsbestimmungen in den 27 EU-Mitgliedsländern sind verschieden und unterschiedlich strikt.

Der EU-Kommission geht es ausdrücklich darum, mit der nun angestrebten Regelung auf europäischer Ebene zugleich noch bestehende Hindernisse in den Mitgliedsländern zu beseitigen, um diesen Fonds einen offenen Binnenmarkt zu garantieren.²² Zu diesem Zweck garantiert ihr Entwurf jenen Fonds, die die vorgeschlagenen schwachen europäischen Regelungen erfüllen, dass sie eine für die ganze EU gültige Lizenz erhalten.

Dort, wo konkrete Anforderungen an die Fonds gestellt werden, beschränkt sich der Richtlinienvorschlag auf die Durchführung von Stress-tests, die Erstellung von Risikoprofilen und die Entwicklung von Liquiditätsmanagementsystemen. All diese Verpflichtungen gelten bereits jetzt

²⁰ Siehe z.B. »Europa darf nicht bei einzelnen Banken eingreifen«; Gespräch mit Bundesbank-Vize Zeitler, 13.11.2009 auf: www.welt.de/die-welt/wirtschaft/article5194855/Europa-darf-nicht-bei-einzelnen-Banken-ingreifen.html; Auch unter linken Ökonomen ist umstritten, ob eine zentralisierte EU-Aufsichtsbehörde sinnvoll ist oder nicht, oder wie eine effektive europäische Finanzaufsicht zu gestalten wäre. Bei den linken Gegnern der »Zentralisierung« wird dabei die Perspektive eines »integrierten EU-Finanzmarkts« eher grundsätzlich in Frage gestellt, was bei der Bundesbank und den Großbanken nicht der Fall ist.

²¹ Da die Verordnungen im Mitentscheidungsverfahren verabschiedet werden, ist hierzu auch die Position des Europäischen Parlaments gefragt. Eine Beschlussfassung darüber ist im Parlament bislang vor der Sommerpause 2010 vorgesehen.

²² Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über die Verwalter alternativer Investmentfonds (...), KOM(2009)/207, S. 3f.

für die Banken. Aufgehalten oder gar verhindert haben sie deren überaus risikoreichen und am Ende fatalen Spekulationsgeschäfte nirgendwo. Dazu bemerkte die FAZ treffend: *»In vielen Häusern waren die Instrumente und Werkzeuge zur Bewertung und Steuerung von Risiken vorhanden - allerdings wurden die Informationen in der strategischen Steuerung nicht verwendet, oder die Limitsysteme wurden so lange justiert, bis die rote Ampel wieder grün war.«*²³

Ansonsten gibt der Entwurf keine Antworten auf die kritischen Debatten: kein Verbot oder Beschränkung von hoch spekulativen Leerverkäufen und der systematischen Ausplünderung von Unternehmen, an denen die Fonds Anteile erwerben. Keine Rede auch von einer Beschränkung der Gehälter und Boni. Kein Wort zum notwendigen Verbot der Spekulation in Gütermärkten, etwa mit Energieprodukten oder Nahrungsmitteln.²⁴ Und natürlich fehlt in dem Richtlinienentwurf jeder Hinweis auf Gewerkschaftsrechte, mit denen sich die Betroffenen wehren könnten. Unter dem Deckmantel einer Zähmung der Fonds wird daher im Namen Europas lediglich die weitere Deregulierung fortgesetzt.

Unter dem Strich bleibt also: Die groß angekündigte »strikte Regulierung der Finanzmärkte« findet nicht statt – nicht in der EU, und auch nicht auf globaler Ebene.

²³ Frank Romeike, Gesunder Menschenverstand als Frühwarnsystem, in: Verlagsbeilage Frankfurter Allgemeine Zeitung, Euro Finance Week, Seite B3

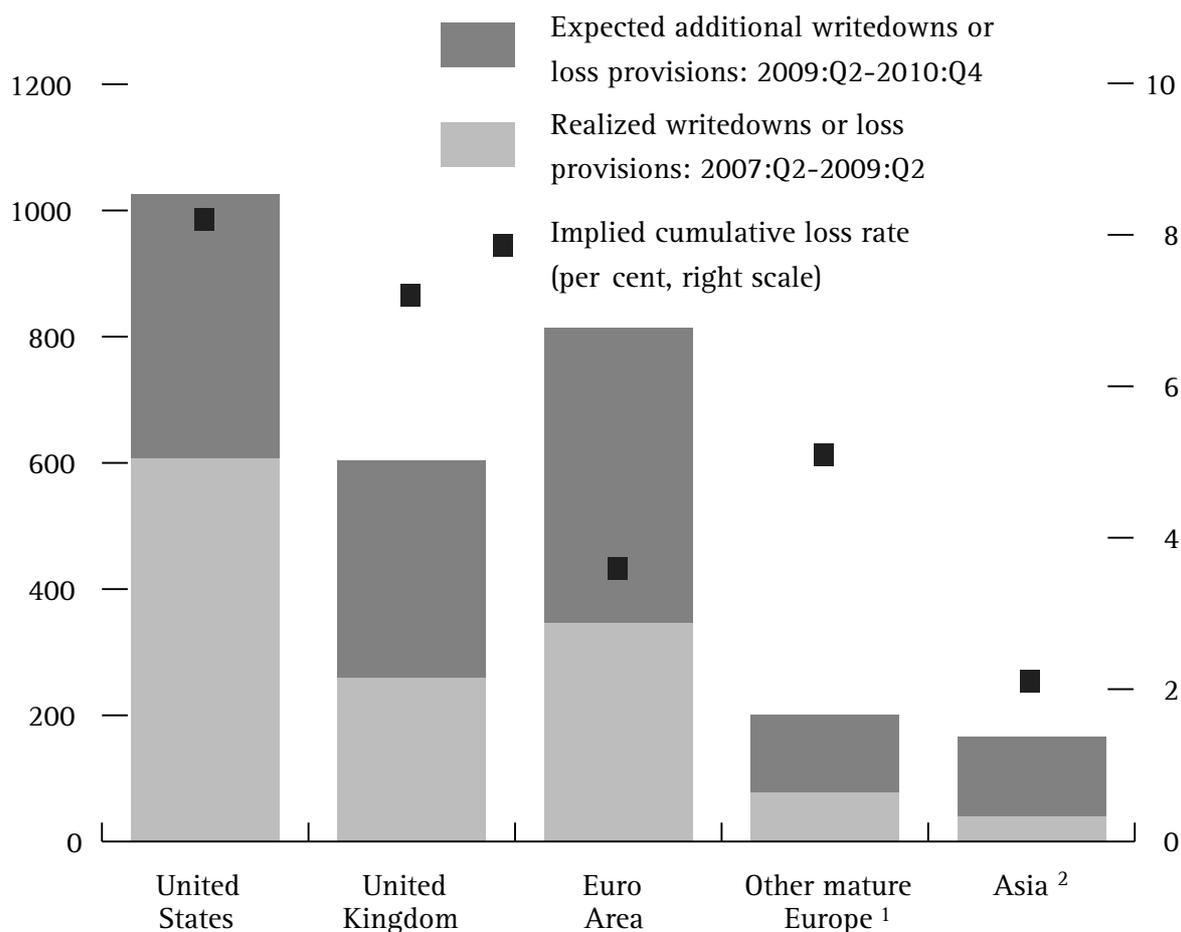
²⁴ Hier stellt sich ein sehr grundlegendes Problem: Wie können die Alternativen Investmentfonds (z.B. Hedgefonds, derivative Rohstoff-, Energie- oder Nahrungsmittelfonds, »strukturierte Verbriefungsfonds« usw.) mit großer »Hebelwirkung« realistisch in Bezug auf ihr Anlagevermögen »bewertet« werden? Der Gründer von »Knowledge Mosaic« (einer Beratungswebsite für »innovative Finanzdienstleister«), Peter Schwartz, meint, dass niemand über das dafür nötige Wissen verfügt, trotz aller coolen mathematischen Modelle der Fondsmanager: *»(...) in the absence of robust valuation data, methods, and models, there is no floor to the risk that financial institutions face when they toy with structured securities and derivatives. (...), neither really grapples with the core reality - which is that huge dollar volumes of assets simply cannot be valued. There is insufficient liquidity and inadequate data, and in their absence, values depend upon someone simply assigning a value that has no relation to anything except the interest in making a market out of vapor. Until the hedge fund industry, and government regulators and policymakers, acknowledge this deep emptiness at the heart of the financial industry, all the reports in the world will amount to nothing more than a rearrangement of the deck chairs on the Titanic.«* Peter Schwartz: Hedge Fund Industry Reports – Valuation is at the heart of the matter, 15 April 2008

4. EU-Krisenreaktion III: Rettungsschirme für die Banken, Konjunkturprogramme und EERP

Die Weltwirtschaft ist bekanntlich sowohl von einer Finanzkrise als auch einer Wirtschaftskrise betroffen. Was die Finanzkrise angeht, so sind zunächst die erheblichen Verluste des Finanz- und Bankensektors zu verkraften. Und zusätzlich die Kosten, die der öffentlichen Hand durch die »Rettungsschirme für die Banken« entstehen.

Der *Global Financial Stability Report* des Internationalen Währungsfonds (IWF) vom Oktober 2009 beziffert die weltweiten Verluste der Banken auf 2,8 Bio. US-Dollar. Davon sind 1,3 Bio. US-Dollar bis zur ersten Hälfte 2009 tatsächlich schon angefallen. Bis Ende 2010 erwartet der IWF weitere Verluste von 1,5 Bio. US-Dollar. Verluste von 1.025 Mrd. US-

Grafik 8: Realisierte und erwartete Verluste der Banken, zweites Halbjahr 2007 bis Ende 2010, in Mrd. US-Dollar



¹ Includes Denmark, Iceland, Norway, Sweden and Switzerland.

² Includes Australia, Hongkong SAR, Japan, New Zealand and Singapore.

Quelle: IMF staff estimates

Dollar sollen dabei auf die USA entfallen (Verlustrate von 8,2% der Bestände), 814 Mrd. US-Dollar auf die Eurozone (3,6%), 604 Mrd. US-Dollar auf Großbritannien (7,2%) und 201 Mrd. US-Dollar auf Dänemark, Norwegen, Island, Schweden und die Schweiz (5,1%).

Zumindest für die nächsten 18 Monate sieht der IWF die Banken unter heftigem Stress, weil ihre Einnahmen die Verluste eher nicht ausgleichen könnten. Folglich dürfte es zu einem weiteren Schrumpfen des Finanzsektors und zu einer »Flurbereinigung« kommen, in der nur die stärkeren Banken überleben, sofern es keine weiteren staatlichen Stützungsaktionen gibt.

Hinzu kommt, dass Pensionsfonds in den OECD-Staaten seit 2008 einen Verlust von 25% ihrer Vermögenswerte verkraften müssen. Es sieht schlecht aus für die künftigen Rentnerinnen und Rentner der früher so hoch gelobten kapitalgedeckten Rentensysteme. Auch für die Lebensversicherungen bestehen laut IWF weiter hohe Risiken.²⁵

Die Finanzkrise wurde von den EU-Granden bis September 2008 zunächst als Problem »der Amerikaner« abgetan – die EU fühlte sich nicht betroffen. Als dann auch in der EU Schlag auf Schlag Banken pleite gingen oder vor dem Kollaps standen, reagierte man nach dem Muster »Rette sich wer kann«.

Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy ergriff im Oktober 2008 die Initiative, nach dem Vorbild des damaligen US-Finanzministers Henry Paulson einen »Bail-Out-Plan« für Europa zu schaffen. Insbesondere Großbritannien, Deutschland und die osteuropäischen EU-Mitgliedstaaten stellten sich aber quer. Nur Tage später begann ein Wettlauf der nationalen Regierungen, Garantien für die Spareinlagen »ihrer« Banken abzugeben und nationalstaatliche Rettungspakete zu schnüren. Alle wollten damit Abflüsse von Kapital und Spareinlagen aus »ihren« nationalen Banken verhindern. Anfang Oktober 2008 ging erst Irland voran, gefolgt von Großbritannien und dann von Deutschland. Bundeskanzlerin Angela Merkel hatte nur wenige Tage zuvor das Vorpreschen der irischen Regierung scharf kritisiert. Österreich, Schweden, Dänemark und Griechenland zogen nur wenige Stunden nach der deutschen Erklärung über Einlagegarantien nach, Frankreich und Spanien folgten wenige Tage später mit eigenen »Rettungspaketen«.

²⁵ Siehe Klute, Jürgen (2009): Wirtschafts- und Finanzkrise & Renten – Das dicke Ende kommt noch; http://anhalt-bitterfeld.dielinke-lsa.de/fileadmin/Anhalt-Bitterfeld/Wahlen_2009/EU_Kand_LINKE/Klute_EU_Krise__Renten.pdf; sowie Richard Detje: Systemische Gefahren. Die Folgen der Finanzkrise für die Privatisierung der Alterssicherung; in: Sozialismus 11/2009

So zeigte sich, dass die Losung von der »immer enger verbundenen Europäischen Union« im Ernstfall nichts wert ist. Die wirkliche Macht in der EU liegt nach wie vor bei den Nationalstaaten und ihren Regierungen, die nach dem Prinzip »Jeder für sich und jeder gegen jeden« egoistisch ihre jeweils eigenen »nationalen Interessen« vertreten. Und das sind bekanntlich immer die Interessen ihrer jeweiligen großen Wirtschaftsunternehmen und gesellschaftlichen Eliten.

Hinter den Kulissen wurden Fischzüge unternommen, um so der jeweils eigenen Finanzindustrie unliebsame Konkurrenten zu versenken und neue Märkte zu erobern.²⁶ Die Europäische Kommission – angeblich die Exekutive der EU – durfte dem munteren Treiben der Regierungen vom Spielfeldrand aus zusehen und hier und da mahnend ihre Stimme erheben. Für das wirkliche Geschehen spielte sie schlicht keine Rolle.

Als Blaupause für das spätere Vorgehen der EU diente ein Plan über staatliche Garantien und die Rekapitalisierung der Banken, den der britische Premier Gordon Brown am 8. Oktober 2008 dem Unterhaus präsentierte. Bei einem darauf folgenden Treffen der Regierungschefs der Länder der Eurozone in Paris versicherte man sich nur gegenseitig, es den Briten mit jeweils national angepassten Rettungsplänen gleichzutun. Nicht zufällig war diese Sonntagsrunde ein informelles Gremium außerhalb der EU-Institutionen.

Der EU-Gipfel vom 15. und 16. Oktober 2008 tat dann so, als ob die EU gemeinsam handeln wolle. Man habe sich auf eine koordinierte Rettungsaktion für den Finanzsektor im Umfang von rund zwei Bio. Euro verständigt. In Wirklichkeit ergab sich der Betrag nur aus der Addition der längst beschlossenen nationalstaatlichen »Rettungspakete«.

Die 16 Länder der Euro-Zone haben 36,5% des BIP für die Banken-Rettungsschirme reserviert. Davon seien aber erst 11,1% abgerufen worden. Für die gesamte EU belaufen sich die Mittel zur Unterstützung der Banken auf 43,6% des BIP. Davon wurden bis Mitte 2009 11,8% beansprucht.²⁷

²⁶ Siehe Andreas Wehr: Jeder gegen Jeden, Junge Welt vom 10.10.2008, und Andreas Wehr: Ran mit der großen Axt, Junge Welt vom 16.10.2008

²⁷ Von Land zu Land gibt es dabei große Unterschiede. Irland hat 230,3% (!) seines BIP für die Bankenrettung veranschlagt, davon wurden bereits Mittel in Höhe von 227,3% seines BIP abgerufen. Dänemark stellte Garantien von 243,8 % seines BIP zur Verfügung, davon wurden aber nur Mittel in Höhe von 0,5% des dänischen BIP bisher abgerufen. Es folgen Belgien (75,6%/35,3%), Großbritannien (50,3%/30,8%) und die Niederlande (42,2%/24,3%). Zahlen nach Economic Crisis in Europe: Causes, Consequences and Responses; European Economy 7/2009, 25.9.2009. Wie stark die Mittel zur Bankenrettung bis Ende 2010 noch abgerufen und ob sie ausreichen werden, ist derzeit unsicher. Wenn die Prognose des IWF vom Oktober 2009 zutrifft, dürfte die EU mit rund 1.000 Mrd. Euro zur Bankenrettung bis 2010 hinkommen. Aber dies kann nur die Zukunft zeigen.

In jedem Fall beinhalten die Rettungsschirme für den Finanzsektor schwere Belastungen für die öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren. Und dies, ohne dass die öffentliche Hand trotz kompletter oder teilweiser Verstaatlichung von Banken nun wenigstens im Gegenzug Einfluss auf die Geschäftspolitik der Finanzinstitute nehmen würde, damit Kredite für gesellschaftlich sinnvolle Investitionen vergeben werden.

Das Vorgehen der EU gegen die Wirtschaftskrise entwickelte sich nach einem ganz ähnlichen Muster wie bei der Finanzkrise. Während die nationalstaatlichen Regierungen schon längst dabei waren, in Konkurrenz zueinander nationale Konjunkturprogramme mit unterschiedlichen Schwerpunkten aufzulegen, wollte die Europäische Kommission den Schein wahren, die EU gehe abgestimmt und koordiniert dabei vor.

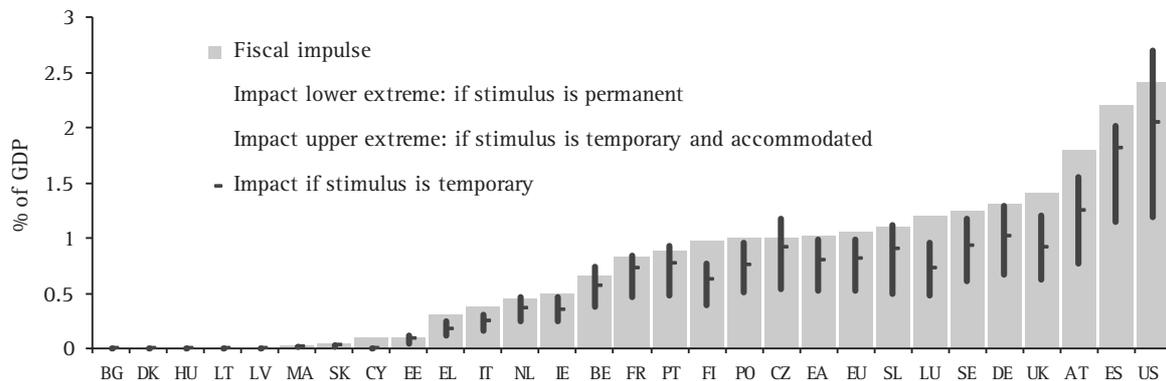
Im November 2008 legte sie einen Vorschlag für ein koordiniertes EU-Konjunkturpaket vor (European Economic Recovery Plan – EERP),²⁸ den der EU-Gipfel vom 11. und 12. Dezember 2008 in den Grundzügen bestätigte. Er soll für die Jahre 2009 und 2010 rund 200 Mrd. Euro mobilisieren, etwa 1,6% des EU-BIP.

Davon entfiel aber nur ein geringer Teil auf Maßnahmen der EU-Ebene: etwa 30 Mrd. Euro für Kreditprogramme, die die Europäische Investitionsbank (EIB) vor allem zur Stützung kleiner und mittlerer Unternehmen, von Klimaschutz- und regionalen Entwicklungsprojekten auflegte. Hinzu kommen bis zu sechs Mrd. Euro, die die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) vor allem in den neuen Mitgliedstaaten bereitstellen soll. Am 20. März 2009 genehmigten die Staats- und Regierungschefs der EU darüber hinaus mit Ach und Krach ein weiteres aus dem EU-Haushalt finanziertes Paket von fünf Mrd. Euro, das auf die Förderung von Infrastrukturinvestitionen abzielt: Gaspipelines, unter anderem die Russland umgehende »geostrategische« Nabucco-Pipeline, ein paar weitere Energieprojekte, sowie eher mickrige Summen für Off-Shore-Windparks und schnelles Breitband-Internet. Beim EU-Beitrag zur »Konjunkturstützung« in Europa handelt es sich also insgesamt um »Peanuts«, um mit Hilmar Kopper zu sprechen.

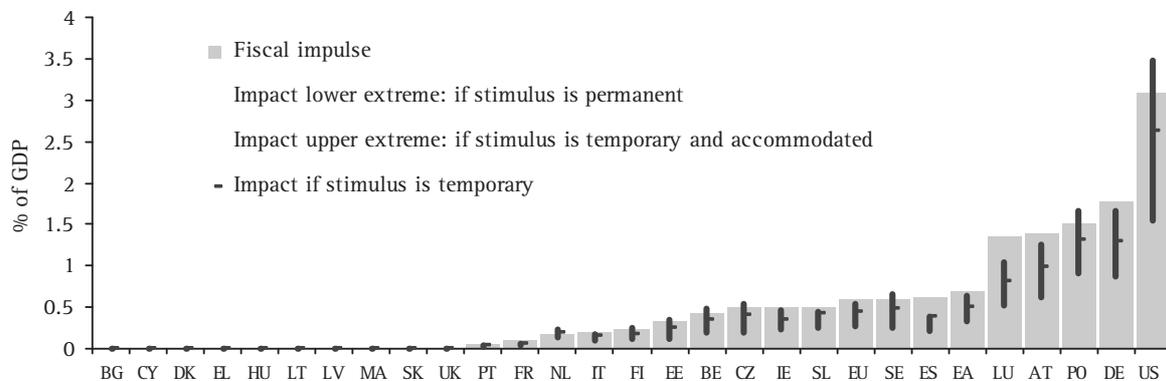
Der große Rest des EU-Konjunkturprogramms besteht einfach aus der Addition von nationalstaatlichen Konjunkturprogrammen, die die Mitgliedstaaten ohnehin schon in eigener Regie auf den Weg gebracht hatten. Nach Einschätzung der Kommission könnten diese 2009 einen Impuls in der Größenordnung von 0,5% bis 1% des EU-BIP erzeugen und in

²⁸ Mitteilung der Kommission an den Europäischen Rat - Europäisches Konjunkturprogramm / * KOM/2008/0800 endg. *

Grafik 9: Erwarteter fiskalischer Impuls durch die Konjunkturprogramme der EU-Mitgliedstaaten 2009, in % des BIP



Grafik 10: Erwarteter fiskalischer Impuls durch die Konjunkturprogramme der EU-Mitgliedstaaten 2010, in % des BIP



Quelle: European Commission

2010 zwischen 0,3% und 0,6 % des EU-BIP. Es sind vor allem die größeren oder reicheren EU-Mitgliedstaaten, die überhaupt nennenswerte Konjunkturprogramme aufgelegt haben (siehe Grafiken 9 und 10).

Im Vergleich zu den Konjunkturprogrammen anderer Staaten der Welt fällt das EERP mit 1,6% des EU-27 BIP von 2008 für die Jahre 2009 und 2010 relativ bescheiden aus²⁹. Die USA mobilisieren für den gleichen Zeitraum etwa knapp 6% ihres BIP von 2008, Japan 5,3%, Südkorea 6,6%, China sogar 13,3% und Russland immerhin 3%. Das in Brüssel beheimatete Bruegel-Institut – eine wirtschaftsliberale Denkfabrik – schätzt den Beitrag des EERP sogar niedriger ein – auf insgesamt etwa 1% des EU-27-BIP.³⁰ Dabei sind Maßnahmen wie die des deutschen Konjunkturpa-

²⁹ Vgl. die Übersicht des UN Development Programme (UNDP) vom September 2009; http://www.undp.org/developmentstudies/docs/socialprotection_fiscalstimulus_sept2009.pdf

³⁰ Bruegel Policy Contribution Issue 2009/02: EU stimulus packages; Estimating the size of the European stimulus packages for 2009 – an update; April 2009

kets II, eines zweiten Pakets von Sarkozy in Frankreich und von Gordon Brown in Großbritannien sowie die Verdoppelung des niederländischen Konjunkturprogramms durchaus eingerechnet.

Über die angemessene Höhe der Konjunkturprogramme und ihren relativen Nutzen mag man trefflich streiten – insbesondere aus ökologischer und sozialer Sicht. Doch wie steht es um ihre »Qualität«? Dem Vorschlag der Europäischen Kommission vom November 2008 kann man in dieser Hinsicht zumindest zu Gute halten, dass sie die nationalen Programme der Mitgliedstaaten in eine bestimmte Richtung lenken wollte: mehr »grüne Investitionen« in erneuerbare Energien und Energiesparen, saubere Produktion und so weiter. Zumindest von der Rhetorik her schloss sie voll an Obamas Reden vom »Green New Deal« an.

Rückblickend können wir erstens feststellen, dass Obamas US-Konjunkturprogramm dazu selbst nicht viel geliefert hat.³¹ Zweitens hat Obama schon in seiner Präsidentschaftswahlkampagne herausgestellt, dass seine Administration zum »Wohle des Klimaschutzes« für einen neuen Energiemix aus Atomkraft und erneuerbaren Energien eintritt – was er später auch in den Haushaltsentscheidungen von Senat und Abgeordnetenhaus zielstrebig umgesetzt hat. Die europäischen Grünen mögen dies beklagen – aber so wenig ökologische Substanz steckt halt in Obama's »Green New Deal«, den die Grünen zuvor zum neuen Heiland erhoben hatten. Im Europäischen Parlament gibt es bekanntermaßen die gleichen Kräftekonstellationen.³²

Die »ökologische Komponente« sowohl des mickrigen EU-Beitrags (EU-Haushalt, EIB und EBRD) zum EERP als auch die der nationalstaatlichen Konjunkturprogramme ist marginal und nur mit der Lupe zu finden.³³ Auch Bildungsinvestitionen sind rar gesät – trotz der dröhnenden Rhetorik, man müsse mehr in das »Humankapital« investieren.

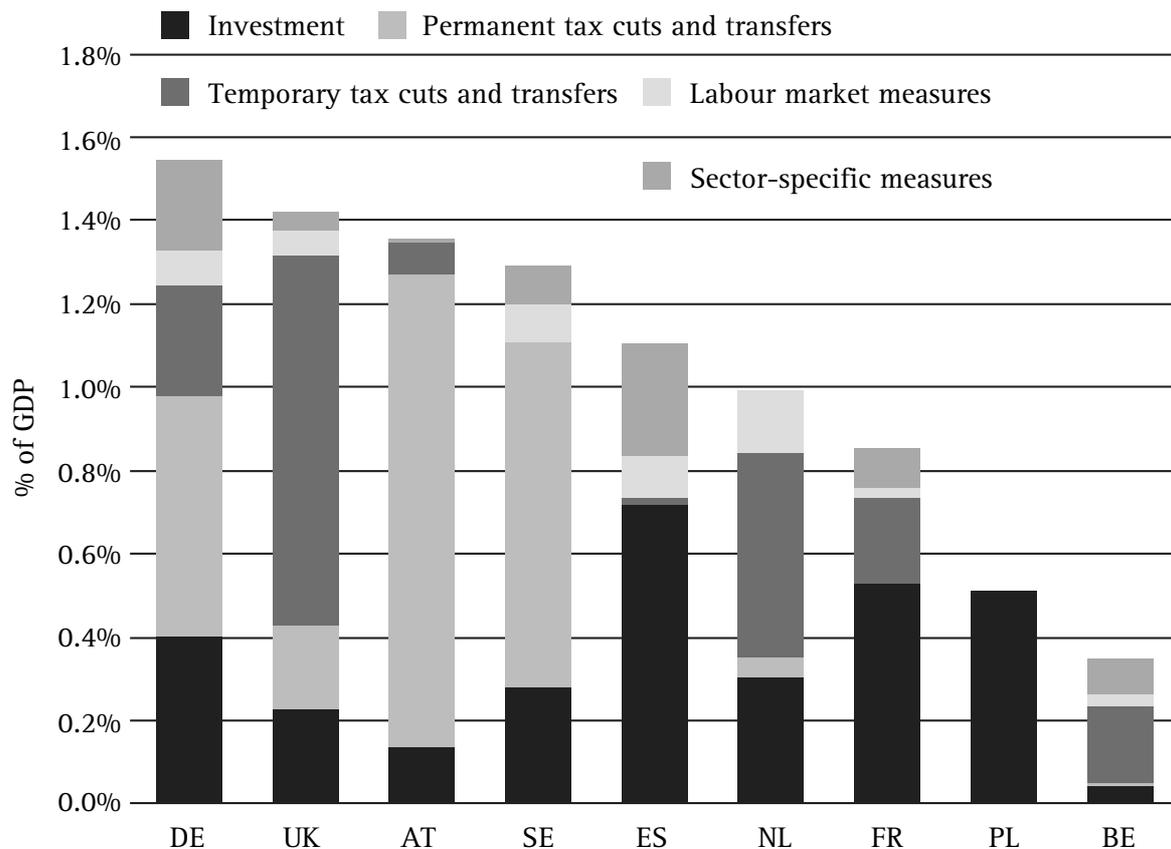
Ansonsten enthalten die Programme einen Mix aus Steuer- und Abgabensenkungen, eher gering dimensionierten arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen (das Positivste ist noch die Verlängerung des Kurzarbeitsgelds in Deutschland durch die Große Koalition), öffentlichen Investitionen und branchenspezifischen Maßnahmen nach dem Muster der deutschen Auto-Abwrackprämie auch in Spanien, der Slowakei und Frankreich.

³¹ Mike Whitney: Let's get fiscal; Counterpunch, 17.11.2009

³² Vgl. Europäisches Parlament (2009): Entschließung des Europäischen Parlaments vom 3. Februar 2009 zur Zweiten Überprüfung der Energiestrategie; <http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2009-0038+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

³³ Vgl. die detaillierte Länderübersicht des Bruegel-Instituts, siehe Fußnote 29.

Grafik 11: Komponenten der Konjunkturprogramme 2009/2010 der EU-Mitgliedstaaten



Quelle: Bruegel calculations

Großbritannien unter Gordon Brown setzte im Unterschied zu den übrigen EU-Regierungen im ersten britischen Konjunkturpaket vor allem auf eine deutliche Mehrwertsteuersenkung – die wirkungslos verpuffte. Silvio Berlusconis mit großem Tam-Tam angekündigtes Paket von 80 Mrd. Euro geriet zur Lachnummer. Es bestand zum größten Teil aus »Luftbuchungen« – dem »Verzicht« auf Gebühren- und sonstigen Abgabenerhöhungen, die seine Regierung »eigentlich« vorgehabt hätte, und schon seit längerem beschlossenen Maßnahmen.³⁴ Real hat Berlusconis Regierung nur 3,5 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und eher schon früh auf »Sparkurs« umgeschwenkt.

Insgesamt trugen die Konjunkturprogramme der größeren EU-Mitgliedstaaten bisher durchaus dazu bei, das ohne sie zu erwartende Minuswachstum etwas abzubremsen. Ob dies auch für 2010 reicht, ist nicht ausgemacht. Und ob damit die Grundlagen für einen »selbsttragenden Aufschwung ab 2011« gelegt wurden, erst Recht nicht.

³⁴ Handelsblatt vom 28.11.2008, »Italien verabschiedet Konjunkturprogramm«

5. EU-Wirtschaft unter Stress I: Spannungen in der Eurozone

Die Krise hat die seit längerem auseinander strebende wirtschaftliche Entwicklung in der EU-27 schonungslos offen gelegt. Kürzlich durfte die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) mit dem Euro als gemeinsamer Währung ihr 10-jähriges Jubiläum feiern. Der Vertrag von Maastricht hatte bekanntlich »Konvergenzkriterien« festgelegt, die jeder Mitgliedstaat erfüllen musste, der der EWWU beitreten wollte. Diese legten zu erreichende Ziele in Bezug auf die Inflationsrate, stabile Wechselkurse, Obergrenzen für Haushaltsdefizite und gesamtstaatliche Verschuldung fest. Die fiskalpolitischen Kriterien (Haushaltsdefizite, Staatsverschuldung) wurden später mit dem »Stabilitäts- und Wachstumspakt« für die Mitglieder der Eurozone nochmals in Beton gegossen.

Im Vorlauf zur Währungsunion gab es in den 1990er Jahren eine kritische Diskussion auch unter Mainstream-Ökonomen,³⁵ dass die beschlossenen »Konvergenzkriterien« falsch oder zumindest nicht ausreichend seien. Die Kritiker bemängelten, dass nach der Theorie »optimaler Währungsräume« insbesondere realwirtschaftliche Konvergenz nötig sei, um eine Währungsunion dauerhaft stabil zu halten. Voraussetzung für eine Währungsunion seien demzufolge ähnliche Faktorausstattungen (Arbeit/Kapital), geringe Differenzen im Lohnniveau und bei der Entwicklung der Lohnstückkosten, ein ähnlicher Entwicklungsstand der Wirtschaft und eine ähnliche Preisstruktur. Unter diesen Voraussetzungen seien alle Regionen einer Währungsunion von »Schocks« – relativ starke Veränderungen des Welthandels, des Angebots oder der Nachfrage – ähnlich betroffen und könnten mit einer gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik darauf reagieren.

Diese realwirtschaftliche Konvergenz hat in der Eurozone in den zehn Jahren ihres Bestehens nicht stattgefunden. Die EU-Ebene hatte weder den Willen noch die Instrumente, um die Mitgliedstaaten in Richtung einer Angleichung der jeweils nationalstaatlichen realwirtschaftlichen Entwicklung zu drängen. Zwar erlässt sie nach den Verträgen von Maastricht und Amsterdam »wirtschaftspolitische Leitlinien« mit Empfehlungen für jeden einzelnen Mitgliedstaat, doch die »Koordination« der

³⁵ Siehe z.B. Wolfgang Ochel: Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion – Chancen und Risiken; ifo-Schnelldienst 9/1996, sowie Christian Schmidt und Thomas Straubhaar: Maastricht II – bedarf es realer Konvergenzkriterien?; Wirtschaftsdienst VIII, 1995; aus kritischer linker Sicht siehe Heiko Glawe u. Markus Schröder: Der Euro und die »Idee Europa« – Katalysator oder Sprengsatz für die europäische Integration?; Hamburg 1997

Wirtschaftspolitiken der Mitgliedstaaten bleibt auch in der Eurozone ein freiwilliger, unverbindlicher Prozess. Ein Mitgliedstaat, der den Empfehlungen nicht folgt, kann zwar öffentlich an den Pranger gestellt werden, doch anders als beim Stabilitäts- und Wachstumspakt drohen ihm keine finanziellen Sanktionen.³⁶

Dass der Start der Eurozone relativ glimpflich gelang, lag vor allem am bald gegenüber dem US-Dollar sinkenden Wechselkurs des Euro und den gesteigerten Exporten der EU nach den USA, die die »New Economy«-Spekulationsblase in den USA bis 2000/2001 ermöglichte. Schwieriger wurde es schon in der Krise 2001–2004 nach dem Platzen der Blase, als der Euro sich wieder verteuerte und die EU härter als die USA von einem Abschwung erfasst wurde. Die von Anfang an bestehenden Unterschiede in der Produktions- und Dienstleistungsstruktur, dem wirtschaftlichen Entwicklungsniveau, der binnen- wie außenwirtschaftlichen Entwicklung, bei Produktivität und Lohnstückkosten verschärfen sich bald. Die Mitgliedstaaten der Eurozone arbeiteten bei ihren wirtschaftspolitischen Strategien nicht etwa zusammen, sondern jeder gegen jeden in einem europäischen wie globalen »Standortwettbewerb«.

Insbesondere Deutschland und Österreich führen erfolgreich eine Strategie, die Kosten für die Unternehmen zu senken und die Löhne zu drücken. Seit dem Beginn der Währungsunion 1999 verzeichnete Deutschland sowohl die geringste Preissteigerungsrate als auch die mit deutlichem Abstand geringsten Steigerungen der Lohnstückkosten. Ab 2003 entwickelten diese sich sogar rückläufig. Damit konnte Deutschland erfolgreich seine Position als »Exportweltmeister« zurückerobern und ausbauen, mit jährlich exorbitant steigenden Leistungsbilanzüberschüssen bis 2007.

Allerdings hat diese deutsche Lohnzurückhaltung sich nicht positiv auf den Arbeitsmarkt ausgewirkt: *»Es ist daher nicht verwunderlich, dass Deutschland neben der schwächsten Lohnentwicklung gleichzeitig auch die schwächste Beschäftigungsentwicklung im Euroraum verzeichnet.«*³⁷

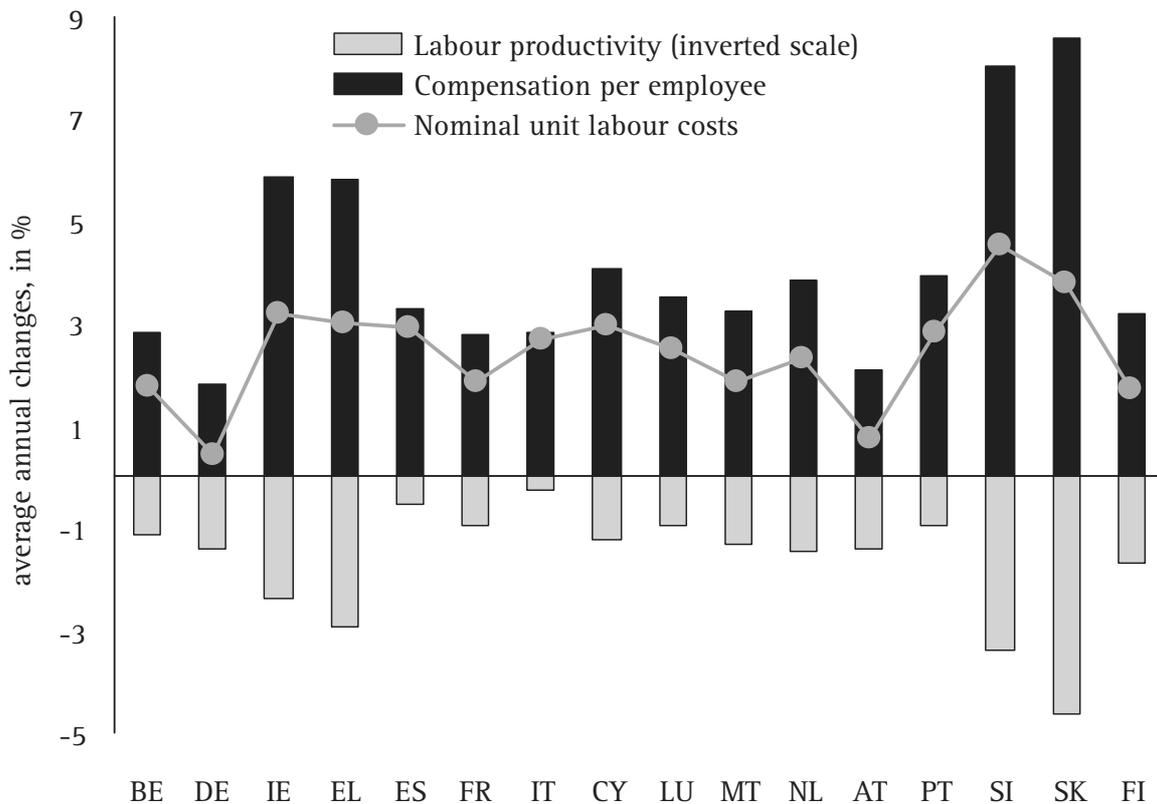
Andere Länder der Eurozone hatten im gleichen Zeitraum eine höhere Binnennachfrage, die auch die Entwicklung ihrer Lohnstückkosten (höhere Steigerungen als in Deutschland) und der Inflationsraten maßgeblich beeinflusste.

»Orientiert sich die Lohnbildung in unterschiedlichem Maße an der Produktivitätsentwicklung der jeweiligen Volkswirtschaft, entsteht selbst

³⁶ Eine andere Frage ist natürlich, welche Wirtschaftspolitik den EU-Empfehlungen inhaltlich zugrunde liegt – sie war bislang immer neo-liberal ausgerichtet.

³⁷ Gustav Horn, Bernhard Mülhaupt, Katja Rietzler: Quo vadis Euroraum? Deutsche Lohnpolitik belastet Währungsunion; IMK Report Nr. 1, August 2005

Grafik 12: Entgelte pro Beschäftigtem, Arbeitsproduktivität und nominale Lohnstückkosten in der Eurozone (1999-2008)



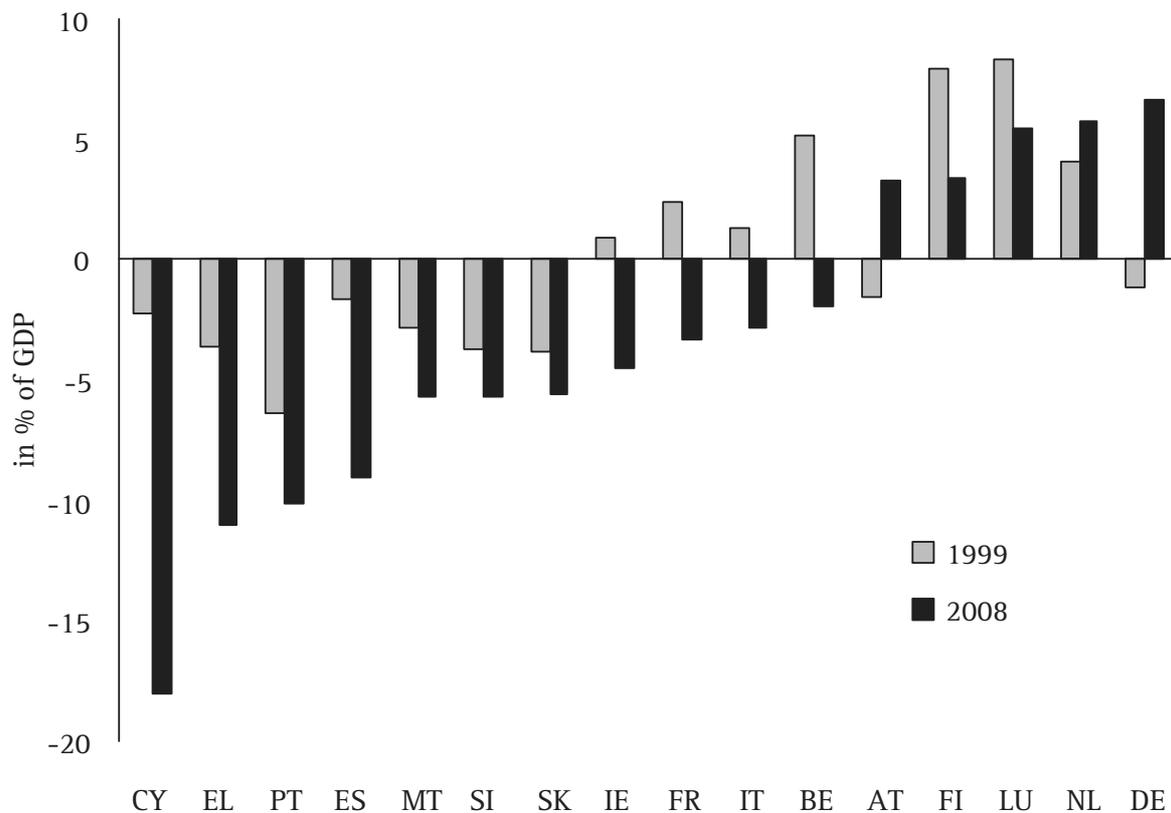
Quelle: Commission services

bei gleicher Konjunkturlage ein divergierender Kostendruck, der bei ähnlichem Preissetzungsverhalten der Unternehmen letztlich auch zu unterschiedlichen Inflationsraten führt. Sind die Lohnbildungsprozesse strukturell verschieden, werden sich auch die Inflationsdivergenzen verfestigen und können nicht rasch überwunden werden.«³⁸ Die Inflationsraten in der Eurozone entwickelten sich demgemäß unterschiedlich – höhere Inflation in Griechenland, Irland, Spanien und Portugal, am niedrigsten in Deutschland und Österreich.

Die deutsche exportorientierte »Wettbewerbsfähigkeits-Strategie« hat die anderen Länder der Eurozone massiv unter Druck gesetzt. Während sich der Außenbeitrag Deutschlands von 1% des BIP in 1999 auf knapp 6% in 2005 erhöhte, drehte der Außenbeitrag Frankreichs und Italiens ab 2005 ins Minus. 1999 hatte Italien hingegen noch einen Überschuss von 2% des BIP und Frankreich von fast 3%. Die Leistungsbilanzdefizite von Griechenland, Spanien und Portugal entsprachen 2008 einer Netto-Außenverschuldung von 80-100% ihres Bruttoinlandsprodukts.

³⁸ Gustav Horn u.a.: Quo vadis Euroraum?, IMK Report Nr. 1, August 2005

Grafik 13: Leistungsbilanzsalden der Mitgliedstaaten der Eurozone (1999-2008) in % des BIP



Net lending (+) and borrowing (-) from national accounts for all Member States except LU (balance of current transactions).

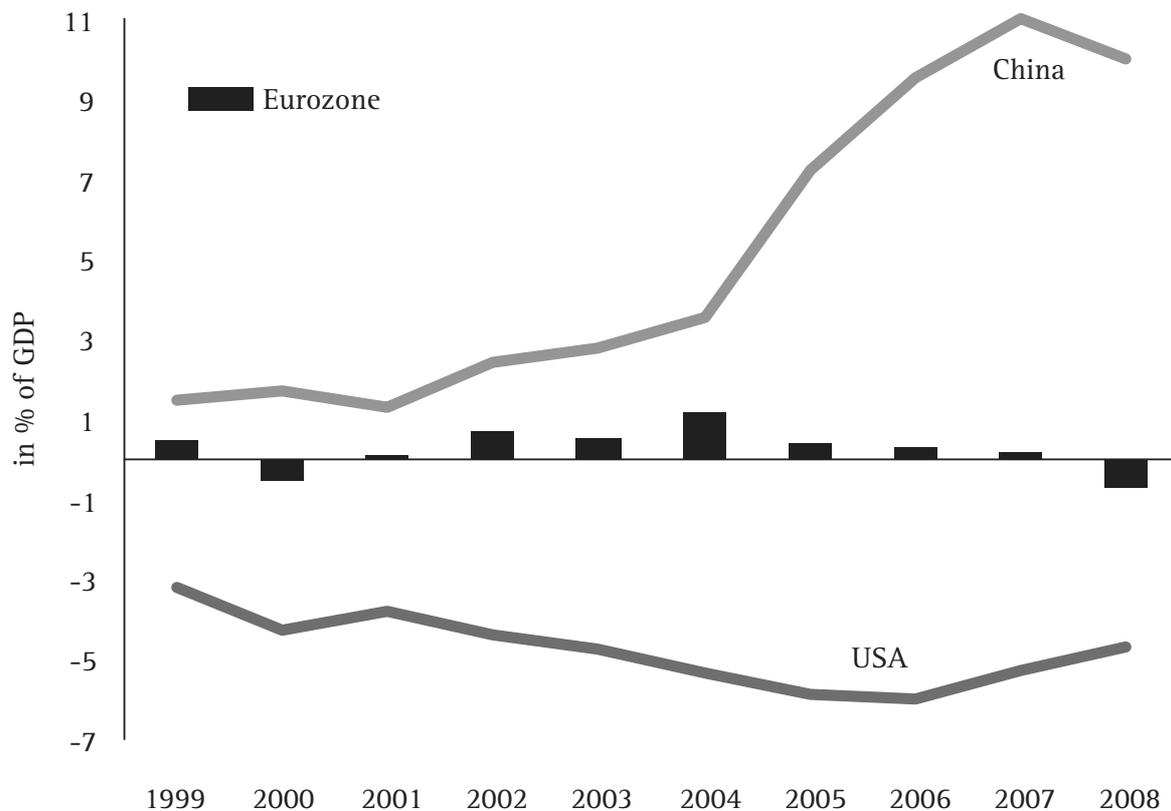
Quelle: Commission services

Für den steilen Wiederaufstieg des unkooperativen »Exportweltmeisters« zahlten die meisten übrigen Euroländer mit der Dämpfung ihres Wachstums, steigenden Leistungsbilanzdefiziten und aufgezwungener Lohnzurückhaltung.

Die Leistungsbilanz der Eurozone insgesamt war rechnerisch zwar meistens ausgeglichen – mal leicht positiv, mal leicht negativ –, weil die Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands, Österreichs und der Niederlande die Leistungsbilanzdefizite der übrigen Länder weitgehend kompensierten. Während die Statistik für die Eurozone und die EU-27 im Unterschied zu den USA oder China somit geradezu den Lehrbuchempfehlungen einer ausgeglichenen Leistungsbilanz folgt (Grafik 14), tobte innerhalb der EU ein gnadenloser Verdrängungswettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten nach dem Motto »Beggars my neighbour« (Handeln auf Kosten des Nachbarn).

Auch wenn sie mit Leistungsbilanzdefiziten zu kämpfen hatten – für Länder wie Spanien, Irland und Griechenland brachte der Euro zunächst

Grafik 14: Leistungsbilanzsalden der Eurozone, der USA und Chinas (1999-2008)



Quelle: IMF

auch Vorteile. Sie »importierten« nach dem Euro-Beitritt zunächst die niedrigen Zinsen auf deutsche Bundesanleihen. Diese niedrigen Zinsen stimulierten die Verbrauchernachfrage zu Hause, und das starke Wachstum ihrer Binnenwirtschaft brachte einen beständigen Strom ausländischer Direktinvestitionen in diese Länder, was den Boom weiter antrieb.

Dies war die Grundlage für den »Zement-Tsunami« (Ramón Fernández Durán), der sich zwischen 1998 und 2007 über Spanien ergoss. Allein im Jahr 2005 wurden 800.000 neue Wohneinheiten hoch gezogen – mehr als damals in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammengenommen. *»Aber nicht nur die Spanier waren befallen. Auch Engländer, Holländer und Deutsche investierten und spekulierten. Ebenso die großen europäischen Pensionsfonds und die russische Mafia, die in Spanien Schwarzgeld wusch.«*³⁹ Die spanische Wirtschaft wuchs zwischen 1999 und 2007 mit rasanten 3,9% im Jahresdurchschnitt – fast doppelt so viel wie der Durchschnitt der Eurozone. Die Arbeitslosenquote fiel von rund 20% Mitte der

³⁹ Die Betonburgherren, Tagesspiegel vom 7.7.2009

1990er Jahre auf 7,9% in 2007 – ein neues »Jobwunder«, tönte es anerkennend allerorten.

Auch Irland, Großbritannien (außerhalb der Eurozone) und in bescheidenerem Maße Griechenland wurden von einem Immobilienpreisboom erfasst, der ihr Wirtschaftswachstum zunächst beflügelte.

Die Länder der Eurozone konnten vor dem Hintergrund dieser Entwicklung grob in vier Gruppen aufgeteilt werden:

1. die »Gewinner« (Irland, Spanien, Griechenland) mit starkem, spekulationsgetriebenem binnenwirtschaftlichen Wachstum;

2. die »bösen Buben« (Deutschland, Österreich, Niederlande), bei denen eine schwache Binnennachfrage durch starkes Exportwachstum kompensiert wurde;

3. die »Verlierer« (Italien, Portugal), die sowohl eine schwache Binnennachfrage als auch ein schwaches Exportwachstum hatten;

4. und die »Opfer« (Frankreich, Belgien, Finnland), wo ein schwaches Exportwachstum nur teilweise durch eine zufriedenstellende Binnennachfrage ausgeglichen wurde.⁴⁰

Was konnte die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank gegen diese wachsenden Disparitäten in der Eurozone ausrichten? Im Grunde nichts: *»Zinssätze, die für die gesamte Eurozone als richtig erschienen, waren für das schwache Wirtschaftswachstum in Deutschland zu hoch und für das ausgelassene Griechenland, Irland und Spanien zu niedrig.«⁴¹*

Die sich aufbauenden realwirtschaftlichen Differenzen in der Eurozone hätten nur durch eine koordinierte, untereinander abgestimmte Politik ihrer Mitgliedstaaten gedämpft und behoben werden können. Diese nahmen die Probleme aber gar nicht wahr, *»weil man zu oft annahm, dass Instabilität nur aus finanzpolitischer Verantwortungslosigkeit entstehen kann.«⁴²* So lange der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht eklatant verletzt wurde – und insbesondere Spanien und Irland hatten in dieser Periode am Ende Haushaltsüberschüsse, Deutschland ein fast ausgeglichenes Budget – konnte jeder machen, was er wollte.

Als die Immobilienblase im Gefolge der Finanzkrise 2008 platzte, war Schluss mit lustig. In Spanien schnellte die Arbeitslosenquote binnen weniger Monate auf rund 19% hoch – die beschäftigungspolitischen Er-

⁴⁰ Vgl. Catherine Mathieu u. Henri Sterdyniak: How to deal with economic divergences in EMU?; OFCE Working Paper No. 2007-14, May 2007; siehe auch Jean-Paul Fitoussi et al.: La zone euro – une enfance difficile; Lettre de OFCE 304, 22.12.2008

⁴¹ A special report on the euro area; The Economist vom 13.6.2009, S. 6

⁴² So der trockene Kommentar des Bruegel-Instituts; Bruegel memos to the new Commission, 2009

Tabelle 1: Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2006-2010, Eurozone, in %

	2006	2007	2008	2009	2010
Eurozone	2,9	2,7	0,7	-4,2	0,3
Österreich	3,5	3,5	2,0	-3,8	0,3
Belgien	3,0	2,6	1,0	-3,2	0,0
Zypern	4,1	4,4	3,6	-0,5	0,8
Finnland	4,9	4,2	1,0	-6,4	0,9
Frankreich	2,4	2,3	0,3	-2,4	0,9
Deutschland	3,2	2,5	1,2	-5,3	0,3
Griechenland	4,5	4,0	2,9	-0,8	-0,1
Irland	5,4	6,0	-3,0	-7,5	-2,5
Italien	2,0	1,6	-1,0	-5,1	0,2
Luxemburg	6,4	5,2	0,7	-4,8	-0,2
Malta	3,8	3,7	2,1	-2,1	0,5
Niederlande	3,4	3,6	2,0	-4,2	0,7
Portugal	1,4	1,9	0,0	-3,0	0,4
Slowakei	8,5	10,4	6,4	-4,7	3,7
Slowenien	5,9	6,8	3,5	-4,7	0,6
Spanien	4,0	3,6	0,9	-3,8	-0,7
Andere					
Dänemark	3,3	1,6	-1,2	-2,4	0,9
Schweden	4,2	2,6	-0,2	-4,8	1,2
Großbritannien	2,9	2,6	0,7	-4,4	0,9

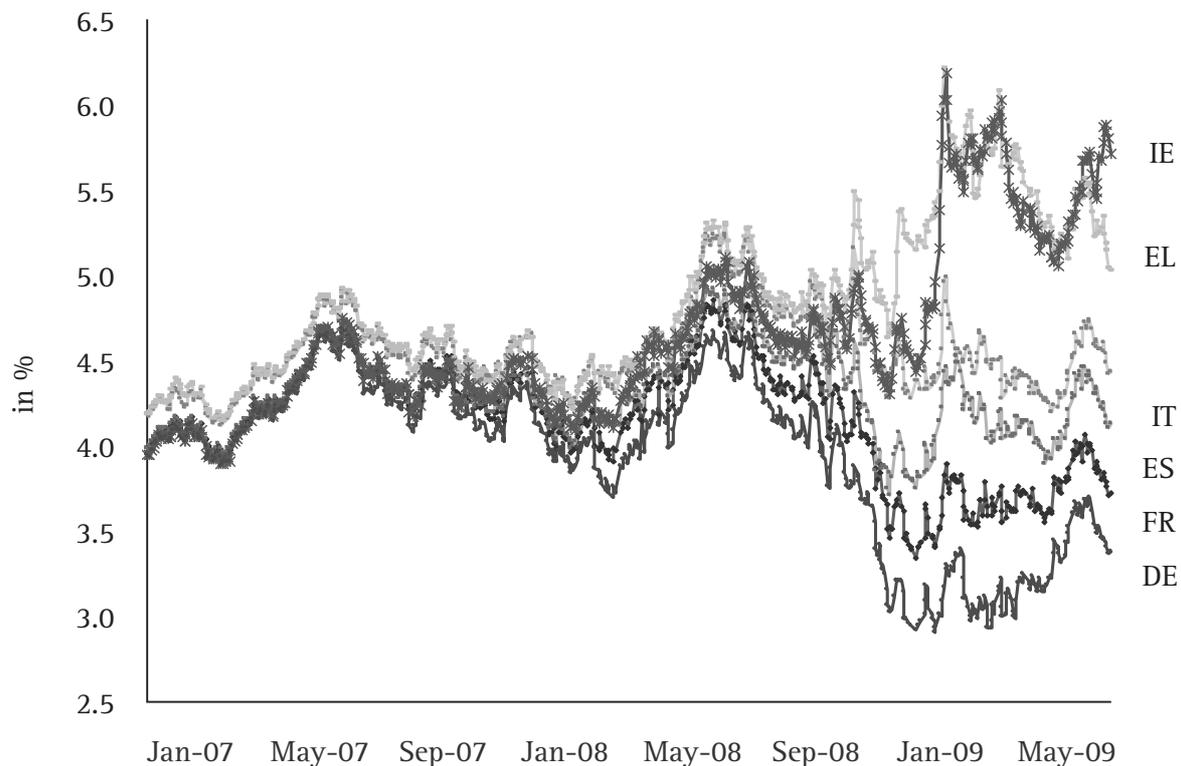
Quelle: IMF Regional Economic Outlook: Europe, October 2009; Angaben für 2009 u. 2010 sind Prognosen

folge eines ganzen Jahrzehnts waren damit ausgelöscht. Auch der vormals hoch gelobte »keltische Tiger« endete als Bettvorleger: Herrschte in den Jahren zuvor nahezu »Vollbeschäftigung«, so stieg die Arbeitslosenquote in Irland plötzlich auf 12% und könnte nach Regierungsangaben weiter auf 15% wachsen. Das Bruttoinlandsprodukt brach um 8-10% ein.⁴³ Griechenland kam etwas glimpflicher davon, auch wenn die Arbeitslosenquote auf 9,2% anstieg. Hier schlägt stärker zu Buche, dass die Steuereinnahmen infolge der Krise radikal einbrachen und allein in 2009 rund 60 Mrd. Euro neuer Schulden aufgenommen werden müssen. Die staatliche Gesamtverschuldung könnte 105% des griechischen BIP erreichen – nach Italien die zweithöchste Staatsschuld in der EU.

Der Zusammenbruch der einstmals wachstumsstarken Ökonomien der Eurozone rief nun wiederum andere »böse Buben« auf den Plan: die als Mitverursacher der Finanzkrise zuvor so heftig gescholtenen Rating-Agen-

⁴³ Vgl. Pit Wuhrer: Das irische Kartenhaus; Lunapark21, Heft 6, 2009

Grafik 15: Rendite von Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit in der Eurozone (1.1.2007–30.6.2009)



Quelle: EcoWin

turen. Explodierende Staatsverschuldung, wachsende Leistungsbilanzdefizite, tiefer Wachstumseinbruch, besonders düstere Aussichten durch den Kollaps der Bauwirtschaft – wie sollten Spanien, Irland, Griechenland usw. ihren Gläubigern garantieren können, dass ihre Staatsanleihen auch in Zukunft etwas taugen? Prompt wurde die »Bonität« dieser Staaten zurückgestuft. Im Vergleich zu deutschen Staatsanleihen mit zehn Jahren Restlaufzeit mussten Griechenland und Irland Risikoaufschläge von bis zu drei Prozentpunkten, Portugal und Italien von 1,5, Spanien, Österreich und Belgien von immerhin einem Prozentpunkt zahlen. Dies verteuerte ihre Schuldenaufnahme zusätzlich. Inzwischen haben sich diese Renditedifferenzen bei Staatsanleihen im Euroraum zwar etwas abgeschwächt – doch wie es weiter geht, ist kaum absehbar.

Die Rating-Herabstufungen zogen Spekulationen nach sich, ob etwa Länder wie Spanien, Irland, Italien oder Griechenland über kurz oder lang gezwungen wären, aus der Währungsunion auszutreten. Mit dem Austritt könnten sie ihren Leistungsbilanzdefiziten und den gestiegenen Finanzierungskosten ihrer Staatsanleihen durch eine neue, abgewertete nationale Währung begegnen, um so ihre preisliche Wettbewerbsfähigkeit und

das Exportwachstum zu stärken und einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Dem wurde entgegen gehalten, dass durch die Abwertung die bestehende Verschuldung real steigen werde, die neue »Schwachwährung« unter spekulative Attacken käme und Umschuldungen bzw. neue Kredite nur gegen noch höhere Risikoaufschläge zu haben wären. All dies erhöhe die Kosten dieser Operation und das Risiko des Staatsbankrotts gegenüber einem Verbleib in der Eurozone.⁴⁴ Zudem sei der Austritt aus der Eurozone »auch rechtlich« im EG-Vertrag nicht vorgesehen.

Das mag zumindest für die mittlere Frist zutreffen.⁴⁵ Nur sind die Renditedifferenzen halt noch mal eine zusätzliche Belastung für die Eurozone, die die bestehenden realwirtschaftlichen Spannungen verschärfen. Ein Vorschlag des italienischen Finanzministers Giulio Tremonti, dem abzuhelpen, ist im Europäischen Rat bereits gescheitert: die Auflage von gemeinschaftlichen Euro-Staatsanleihen, die diese Renditedifferenzen auf einen Schlag beseitigen würden. Insbesondere Deutschland wollte dies nicht, weil dann für die Gemeinschaftsanleihe möglicherweise ein etwas erhöhter Risikoaufschlag als für Bundesanleihen fällig wäre. Solidarität in der Krise ist in der EU weiterhin ein Fremdwort.

Eine andere Möglichkeit wäre, nach Artikel 100 EG-Vertrag auch Ländern der Eurozone wegen »außergewöhnlicher Ereignisse« finanziellen Beistand zu leisten. Damit könnte die »No-Bail-Out«-Klausel in Artikel 103 EG-Vertrag umgangen werden, die besagt, dass kein Mitgliedstaat der Währungsunion für Schulden und Verbindlichkeiten eines anderen Mitgliedstaats der Eurozone aufkommen muss. Dieser finanzielle Beistand (z.B. zur Abwendung eines Staatsbankrotts oder ähnlicher Krisen) könnte allerdings nur mit qualifizierter Mehrheit im Rat beschlossen werden. Dies wäre mit Sicherheit mit Auflagen für das Empfängerland verbunden, so wie dies derzeit bei der EU-Nothilfe für Ungarn, Lettland und Rumänien der Fall ist.

Wie man es auch dreht und wendet: Als Mitglied einer Währungsunion entfällt für die betroffenen Länder die Möglichkeit, durch Währungsabwertung wieder »Wettbewerbsvorteile« zu gewinnen – so wie vor allem Italien dies zuvor praktizierte.

⁴⁴ So der »Economist« vom 13.6.2009, »No exit«, S. 7 u. 8; sowie Heike Joebges u. Maik Grabau: Renditedifferenzen bei Staatsanleihen im Euroraum: Grund zur Besorgnis?; WSI-Mitteilungen 9/2009

⁴⁵ Wobei das rechtliche Argument nicht überzeugt – in der größten Not wird das Recht dann halt gebrochen, oder man tritt gar gänzlich aus der EU aus.

Zum Ausgleich unterschiedlicher realwirtschaftlicher Entwicklungen bleiben bei der gegenwärtigen Verfasstheit der Eurozone im Prinzip nur drei Instrumente:

1. ein Finanzausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Ländern oder Regionen;

2. die Lohn-Preis-Flexibilität (weniger »wettbewerbsfähige« Länder oder Regionen müssen ihre Produkte und Dienstleistungen billiger anbieten und niedrigere Löhne durchsetzen), und

3. höhere Mobilität auf den Arbeitsmärkten (Wanderung von Arbeitskräften aus Gebieten mit hoher Arbeitslosigkeit in boomende Regionen).

Einen nennenswerten Finanzausgleich kann die EU in ihrer derzeitigen Verfasstheit aber nicht organisieren – ihr Haushalt beträgt lediglich rund 0,9% des BIP der EU-27, also »Peanuts«. Die »Nettozahler« der EU wollen diesen Haushalt eher weiter kürzen oder zumindest auf diesem Niveau einfrieren.

Die Mobilität der Arbeitskräfte ist in der EU unter anderem wegen sprachlicher Barrieren deutlich weniger entwickelt als in den USA. Im Zuge des Ausbaus des Dienstleistungsbinnenmarktes und der Dienstleistungsfreiheit ab 2010 dürfte sie in Zukunft möglicherweise zunehmen, auch vor dem Hintergrund der sozialen Verwerfungen der Krise in Osteuropa. Die Wirkung ist dann allerdings die gleiche, wie bei der Lohn-Preis-Flexibilität: herein drängende Billigangebote in den ökonomisch stärkeren Regionen, Druck auf Löhne und soziale Standards allerorten.

Der wesentliche Kanal zur »Wiedergewinnung der Wettbewerbsfähigkeit« für die von der Krise gebeutelten Länder mit hohen Leistungsbilanzdefiziten ist somit letztlich die Lohn-Preis-Flexibilität nach unten.⁴⁶ Der Exportweltmeister Deutschland ist fest entschlossen, auch weiter auf diesem Weg voranzugehen. Die neue schwarz-gelbe Regierung will die Arbeitslosigkeit zuhause im Wesentlichen mit »Bürokratieabbau« und einer weiteren Flexibilisierung der Arbeitsmärkte »bekämpfen«. Wenn Spanien, Griechenland, Italien, Irland usw. ihre »Wettbewerbsfähigkeit« stärken und ihre Exporte ausbauen wollen, müssten sie sowohl in punkto Lohn-drückerei als auch bei Produktivität und Qualität zumindest zu Deutschland aufschließen – was angesichts ihrer prekären Lage schwierig ist. Das würde aber einen noch schärferen Deflationswettbewerb in Gang setzen, als wir ihn bisher erlebten.

⁴⁶ Dies thematisieren die WSI-AutorInnen bei ihrer Betrachtung möglicher Auswege aus der Entwicklung von Renditedifferenzen bei Staatsanleihen bemerkenswerterweise nicht. Für sie scheint es allein tröstlich, dass Austritte aus der Eurozone zumindest unwahrscheinlich sind.

Die EWWU soll nach dem Willen der deutschen wirtschaftlichen und politischen Eliten weiter als neoliberaler »Schraubstock« funktionieren, der erneut eine hohe Standortattraktivität der Eurozone für die Geld- und Kapitalmärkte garantieren soll. Zugleich soll eine als Unterpfand der Währungsunion angestrebte »Stabilitätsgemeinschaft« geschaffen werden, indem in allen EU-Ländern die Politik des Lohndrucks, der Privatisierung und des Sozialabbaus verschärft durchgesetzt wird. So will Berlin zumindest in Ansätzen den Ordnungsrahmen für eine weiterhin strikt »regelgebundene« politische Union mit »entpolitisiertem Geld« schaffen. Mit der im nun ratifizierten Vertrag von Lissabon vorgesehenen glatten Verdoppelung des deutschen Stimmanteils im Europäischen Rat wird zugleich das Gewicht Deutschlands in der EU deutlich erhöht.

6. EU-Wirtschaft unter Stress II: Krise in Osteuropa

Schlimmer noch als die Eurozone traf die Finanz- und Wirtschaftskrise die osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU. Diese verzeichneten vor der Krise ein durchschnittliches BIP-Wachstum von knapp 7%. Doch der folgende Absturz verlief dramatisch. Für Ungarn wird ein Rückgang des BIP um 6,7%, für die baltischen Staaten Litauen, Lettland und Estland gar von 14-20% vorausgesagt. Auch für Rumänien wird ein Schrumpfen von mehr als 8% und für Slowenien und die Slowakei von rund 5% des BIP gegenüber den Zahlen von 2008 erwartet. Nur Polen verzeichnete trotz Wirtschafts- und Finanzkrise noch ein positives BIP-Wachstum um 1% (siehe Tabelle 2).

Das Wachstumsmodell der osteuropäischen EU-Staaten wurde angetrieben von einem steten Zustrom ausländischer Direktinvestitionen. Die Länder fungierten dabei meist als »verlängerte Werkbänke« westlicher Konzerne. Dennoch verzeichneten sie schon in der Vergangenheit deutliche Leistungsbilanzdefizite unterschiedlichen Ausmaßes – Polen, Tschechien, Slowenien und die Slowakei unter oder um die als kritisch betrachtete Grenze von 5% ihres BIP, viele andere deutlich höhere. Die Hoffnung bestand darin, dass weiterhin hohes BIP-Wachstum und ein weiterer Zustrom von Direktinvestitionen mittelfristig eine Situation herstellen könnten, die einen Abbau der Leistungsbilanzdefizite ermöglichen würde.

Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen, und es kam schlimmer. Der dramatische Einbruch des Welthandels, der starke Einbruch der Industrieproduktion, das Minuswachstum in ihren Hauptabnehmerstaaten in Westeuropa und die Bankenkrise dort hatten verheerende Konsequenzen

Tabelle 2: Reales Wachstum des Bruttoinlandsprodukts 2006–2010, mittel- und osteuropäische EU-Staaten

	2006	2007	2008	2009	2010
Bulgarien	6,3	6,2	6,0	-6,5	-2,5
Tschechien	6,8	6,1	2,7	-4,3	1,3
Estland	10,0	7,2	-3,6	-14,0	-2,6
Ungarn	3,9	1,2	0,6	-6,7	-0,9
Lettland	12,2	10,0	-4,6	-18,0	-4,0
Litauen	7,8	8,9	3,0	-18,5	-4,0
Polen	6,2	6,8	4,9	1,0	2,2
Rumänien	7,9	6,2	7,1	-8,5	0,5

Quelle: IMF Regional Economic Outlook: Europe, October 2009; Angaben für 2009 u. 2010 sind Prognosen

für die osteuropäischen EU-Staaten. Der Strom ausländischer Direktinvestitionen ging drastisch zurück, die Kreditvergabe der Banken brach zusammen, Portfolios wurden abgezogen, die Nachfrage nach industriellen Zulieferprodukten aus Osteuropa und nach Autos brach rasant ein. Dies wiederum führte zu einem drastischen Rückgang der Industrieproduktion in Osteuropa, einem dramatischen Einbruch der Steuereinnahmen, einer Explosion der Staatsverschuldung und als Folge dieser Entwicklungen zu einem rasanten Abwertungsdruck auf ihre Währungen. Osteuropäische Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, die in den Alt-EU-Staaten arbeiteten – insbesondere in Spanien, Italien, Irland, Großbritannien – verloren ihre Jobs und vergrößerten das Heer der Arbeitslosen in ihren Herkunftsländern. Damit versiegte auch der Strom an Rücküberweisungen dieser Wanderarbeiter nach Hause, der für Länder wie Rumänien und Bulgarien immerhin knapp 5% ihres BIP ausmachte.

»Die gegenwärtige Krise (in Osteuropa; KD/AW) unterscheidet sich deutlich von einer normalen Konjunkturabschwung. Nachfragebelebungen, sofern sie überhaupt möglich ist, wird in viel geringerem Ausmaß funktionieren. Stattdessen wird ein starker Nachfragerückgang sehr viel wahrscheinlicher sein – wegen veränderter Zukunftserwartungen, wegen der Vermögensseffekte (abstürzender Häuserpreise und anderer Vermögenswerte wie das Anlagevermögen der in Osteuropa weit verbreiteten Pensionsfonds usw.; AW/KD) und den Schwierigkeiten, überhaupt an Kredit heranzukommen (Zugang plus höhere Zinsen).«⁴⁷

⁴⁷ Zsolt Darvas: The impact of the crisis on budget policy in Central and Eastern Europe, Bruegel Institute, Brussels, 31 July 2009

In den osteuropäischen EU-Staaten befinden sich die Banken als Folge der Privatisierungspolitik in den 1990er Jahren im Durchschnitt zu 70% in der Hand westlicher Bankkonzerne, in manchen Staaten sogar zu über 90% (siehe Tabelle 3). Zur »Rettung« der Banken waren sie aufgrund dieser Verquickung also vorwiegend auf Westeuropa angewiesen. Österreichische Banken sorgen sich deshalb um insgesamt etwa 220 Mrd. Euro ausstehender Forderungen in Osteuropa – das entspricht 18% der Bilanzsumme der österreichischen Banken oder mehr als zwei Dritteln des jährlichen Bruttoinlandsprodukts Österreichs. Die Forderungen schwedischer Banken – sie sind vor allem in den baltischen Staaten aktiv – belaufen sich auf 10% des schwedischen BIP, die belgischer Banken immerhin noch auf 8% des belgischen BIP. Und selbst bei deutschen Banken sind Osteuropäer mit 175 Mrd. Euro verschuldet – etwa 2% der Bilanzsumme aller Banken in Deutschland. Alles in allem ein hohes »Risikopotenzial« für West und Ost.

Die regierungsnahe deutsche Denkfabrik Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) stellte in ihrer Studie »Krisen, Crashes und Hilfspakete« fest: *»Die Verwerfungen auf den Finanzmärkten in Mittel- und Osteuropa sind primär Folge einer importierten Krise. Die notleidenden Banken aus Westeuropa zogen in großem Maßstab Geld von ihren Töchtern in ihren Regionen (d.h. in den Regionen der genannten Länder; A.W.) ab. Da die Bankensysteme in den Ländern der Region zum großen Teil von westlichen Kreditinstituten kontrolliert werden (die Auslandsbeteiligungen liegen zwischen zwei Dritteln und weit über 90%) führte dies rasch zu Liquiditätsengpässen.«*⁴⁸

Die mittel- und osteuropäischen EU-Staaten sind von der Krise allerdings unterschiedlich betroffen. Polen, die Slowakei, Tschechien und in weit geringerem Maße Slowenien sind einem Modell der abhängigen Exportindustrialisierung gefolgt, mit einem Produktionsprofil, das stark auf die Autoindustrie ausgerichtet ist. Polens Wirtschaft ist stärker diversifiziert und weniger exportabhängig als die der anderen Länder dieser Gruppe und hat sich deshalb als weniger krisenanfällig erwiesen. Die Slowakei und Tschechien mussten zwar einen Rückgang der Industrieproduktion um 28% bzw. 23% verkraften, sind aber durch die krisenbedingten internationalen Kreditbeschränkungen weniger verwundbar als die übrigen osteuropäischen EU-Staaten, weil ihre Leistungsbilanzdefizite geringer sind und sich die Privatverschuldung in ausländischen Devisen relativ in Grenzen hielt.

⁴⁸ SWP-Aktuell 12, März 2009, S.2

Tabelle 3: Finanzmarktintegration und wesentliche makroökonomische Indikatoren der mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten der EU

	Leis- tungs- bilanz 2002-07	Auslän- dische Direkt- investi- tionen (netto), 2002- 07	Kredit- wachs- tum (jährl. Durch- schnitt, nomi- nal, in %)	Anteil ausländ. Banken am Banken- sektor, 2005, in %	Anteil der in Fremd- wäh- run- gen aufge- nom- menen Kredite	Infla- tion 2002- 2007 (jährl. Durch- schnitt, in %)	Saldo d. öffent- lichen Haus- halte, 2002- 2007, in % des BIP	Wachs- tum des Brutto- inlands- pro- dukts (real, in %)
Lettland	-14,4	4,8	44,4	53,2	86,3	5,8	-0,9	9,1
Estland	-12,3	6,9	32,7	99,2	80,0	3,9	2,0	9,0
Bulgarien	-11,1	11,6	33,8	73,0	50,1	5,9	1,4	5,9
Litauen	-8,6	3,4	41,4	92,0	54,8	2,1	-1,2	7,8
Rumänien	-8,3	6,0	46,2	63,0	54,3	11,7	-1,8	6,2
Ungarn	-6,9	2,5	16,7	82,0	57,1	5,3	-7,5	4,0
Slowakei	-5,5	7,5	8,4	97,4	20,4	4,7	-3,7	6,1
Tschechien	-4,2	5,4	10,2	93,4	12,9	1,8	-4,1	4,5
Polen	-3,0	3,0	13,9	67,1	23,6	2,1	-4,5	4,4
Slowenien	-1,8	0,9	19,4	34,0	NA	4,3	-1,7	4,0

Quelle: Zsolt Darvas u. Jean Pisani-Ferry: Avoiding a new European divide; Bruegel Policy Brief 2008/10, December 2008

Der polnische Zloty und die tschechische Krone mussten zwar zwischenzeitlich abwerten (13% bzw. 8%), doch dies verbilligt die Exporte tendenziell und verteuert die Importe. Die Slowakei und Slowenien haben als Mitglieder der Eurozone diese Option nicht und fürchten bereits um ihre »Wettbewerbsfähigkeit«. Die Auslandsinvestoren und westlichen Banken sind von dieser Abwertung natürlich nicht begeistert und trommeln deshalb für einen beschleunigten Eurobeitritt Polens und Tschechiens. Doch dies stößt bei der nationalkonservativen Bourgeoisie dieser Länder auf wenig Gegenliebe.

Weit gravierender ist die Lage für die baltischen Staaten sowie für Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Sie finanzierten ihr meist zweistelliges exorbitantes Wachstum auf Pump, wobei 50%-80% der Kredite in ausländischen Devisen aufgenommen wurden. Dies taten vor allem Privathaushalte und Unternehmen. Den Schulden in Euro, US-Dollar und Schweizer Franken stehen aber nur Einnahmen und Einkünfte in heimischer Währung gegenüber, deren Wechselkurse stark unter Druck stehen. Der kreditfinanzierte Boom führte ähnlich wie in Irland und Spanien zu einer Immobilienblase, die geplatzt ist – mit ähnlichen Folgen wie in diesen Ländern. Das zuvor so bejubelte »Wirtschaftswunder« der »baltischen Ti-

ger« und anderer Länder hat sich am Ende als gewöhnliche »*Bubble-nomics*« erwiesen. Jetzt wird die wachsende Staatsverschuldung als Problem Nummer Eins ausgemacht. Doch die wesentliche Ursache für das Scheitern dieses Wachstumsmodells liegt in der strukturellen Abhängigkeit von hohen Kapital- und Warenimporten, die zu ausufernden Leistungsbilanzdefiziten führte.

Hinzu kommt die aktuell krisenverschärfende Politik der Regierungen dieser Länder. Bulgarien und die baltischen Staaten haben ihre Währungen fest an den Kurs des Euro gebunden und wollen dies im Hinblick auf ihr Ziel eines möglichst raschen Beitritts zur Eurozone mit allen Mitteln gegen Spekulation und krisenbedingten realen Abwertungsdruck verteidigen. Da der Euro seit einiger Zeit aufwertet, geht dies nur mit einer fortgesetzten Hochzinspolitik, die Gift für die wirtschaftliche Erholung ist. Da sie für einen Euro-Beitritt auch nach wie vor die Maastricht-Kriterien (Inflation, Defizit) erfüllen müssen, betreiben sie eine harte Austeritätspolitik mitten in der tiefsten Rezession. Was dieser Kurs bei explodierenden Arbeitslosenzahlen, schnell wachsender Armut und teils zweistelliger Haushaltsdefizite bedeutet, kann man sich vorstellen. Ob diese Operation gelingt und mit welchen sozialen und wirtschaftlichen Opfern, ist fraglich: »*Zum anderen ist völlig offen, ob die jeweiligen Ökonomien die Euro-Einführung in den produktiven Sektoren verkraften würden und ob die Eurozone überhaupt weitere Mitglieder mit strukturell hohen Leistungsbilanzdefiziten tragen könnte*«⁴⁹ – siehe Griechenland, Spanien und Portugal.

Ähnlich wie die von der Krise besonders gebeutelten Mittelmeerländer können auch die neuen osteuropäischen Mitgliedstaaten nicht auf die Solidarität der kerneuropäischen Länder und damit der EU hoffen. Dabei besitzt die EU aufgrund des Artikels 119 EG-Vertrag zumindest einen Fonds, um den in Schwierigkeiten geratenen Mitgliedsländern außerhalb der Eurozone Hilfen zur Stützung ihrer Zahlungsbilanz zu gewähren. Der hierfür zur Verfügung stehende Betrag wurde Ende 2008 von 12 auf 25 Mrd. Euro und schließlich im Jahr 2009 auf 50 Mrd. Euro erhöht.

Diese Hilfen werden jedoch nicht ohne Bedingungen gewährt. Nach der Verordnung für diesen Fonds⁵⁰ müssen die Empfängerländer in Brüssel ein Sanierungsprogramm vorlegen, um eine »*tragbare Zahlungsbilanzsituation wiederherzustellen oder zu gewährleisten*«. Mit der Aufstockung der Mittel wurden zugleich die Zügel bei der Aufsicht angezogen. Nun un-

⁴⁹ Joachim Becker: Osteuropa in der Finanzkrise – ein neues Argentinien?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2009, S. 103

⁵⁰ Council Regulation amending Regulation (EC) No. 332/2002, establishing a facility providing medium-term financial assistance for Member States' balances of payments, 2009

terzeichnen »Kommission und der betroffene Mitgliedstaat eine Absichtserklärung über die vom Rat festgelegten Bedingungen«. Auch müssen sich die Nothilfe empfangenden Mitgliedstaaten verpflichten, zukünftig »uningeschränkt mit der Kommission zusammenzuarbeiten«. Die EU bestimmt mittels der Gewährung finanziellen Beistands direkt bei der Formulierung der Haushaltspolitik von in Not geratenen Mitgliedstaaten mit. Diese verlieren somit ihre fiskal- und wirtschaftspolitische Souveränität.

Bislang wurden in dieser Krise drei Staaten Mittel aus dem Beistandsfonds gewährt. Ungarn erhielt 6,5 Mrd. Euro, Lettland 3,1 Mrd. Euro und Rumänien 5 Mrd. Euro. Diese Gelder wurden im Rahmen einer gemeinsamen Aktion zusammen mit Krediten von IWF und Weltbank vergeben. So erhielt Ungarn zusätzlich Kredite vom IWF in Höhe von 12,5 Mrd. Euro, Lettland von 1,7 Mrd. Euro und Rumänien von 13 Mrd. Euro.

Die Kopplung der EU-Beistandsleistungen an eine Kreditvergabe des IWF und dessen gleichzeitige Finanzierung durch die EU werfen ein bezeichnendes Licht auf deren wirklichen Zustand. Schließlich hätte es doch nahe gelegen, dass die Union in der Krise ihren Mitgliedern alleine hilft. So hatte etwa der Chefökonom der Deutschen Bank, Thomas Meyer, zu diesem Zweck einen European Monetary Fund (EMF) vorgeschlagen. In anderen Teilen der Welt versucht man sich derweil vom IWF frei zu machen. China, Japan, Südkorea und die zehn ASEAN-Staaten verständigten sich auf einen regionalen Hilfsfonds von 120 Mrd. US-Dollar, um eine Alternative zum IWF zu bilden.

Doch hinter der Einschaltung des IWF steckt ein anderes, nüchternes Kalkül. Die schon erwähnte Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik spricht dies offen aus: »Um in der EU keine Spannungen entstehen zu lassen, die gemeinsames politisches Handeln erschweren, scheint es unmittelbar notwendig, im Falle weiterer Stützungsmaßnahmen mit IWF und Weltbank nach wie vor eng zusammenzuarbeiten. Insofern ist es richtig, den IWF mit zusätzlichen Mitteln auszustatten. Diese externen Instanzen sind besser in der Lage, Druck auf EU-Mitgliedstaaten und die nationalen Öffentlichkeiten aufzubauen, als dies innerhalb der EU möglich ist.«⁵¹ Damit der IWF für weitere Notfälle in der EU über ausreichende Mittel verfügen kann, stellte ihm die Europäische Union 75 Mrd. Euro für Stützungsmaßnahmen zur Verfügung.

Die Auflagen für die »Nothilfe« von IWF und EU sind zwischen beiden Institutionen abgestimmt und folgen der Logik der bisher üblichen »Strukturanpassungsprogramme« des IWF. »Die einzige substanzielle Modifika-

⁵¹ a.a.O., S.7

tion der IWF-Politik gegenüber der bislang üblichen Praxis besteht darin, die westlichen Banken in Osteuropa auf ein fortgesetztes Kreditengagement festzulegen. (...) Dagegen zählt die direkte Stabilisierung und Stützung des von Auslandsbanken dominierten Finanzsektors zu den zentralen Achsen der IWF-Programme. Als roter Faden zieht sich durch die Abkommen zudem eine extrem restriktive Fiskalpolitik.»⁵² Man rettet also vornehmlich die Pfründe und Geschäftsaussichten der in den betroffenen Ländern engagierten westlichen Banken.

Als Bedingung für die IWF- und EU-Kredite musste Lettland sich verpflichten, sein Haushaltsdefizit von rund 13% seines BIP im Jahr 2009 um 5-7% durch Ausgabenkürzungen zu senken. Die Gehälter im öffentlichen Dienst wurden zunächst um 15% und dann noch einmal um 20% abgesenkt. Die Löhne in der Privatwirtschaft wurden um bis zu 50% gedrückt, die Mindestlohngrenze um 23% gesenkt, die Mehrwertsteuer erhöht, die Renten um 10% gekürzt (FAZ, 15.5.2008). Als Folge der Kürzungspolitik wird unter anderem erwartet, dass möglicherweise die Hälfte aller Krankenhäuser schließen muss.

In Ungarn schlagen sich die von der EU und dem IWF auferlegten Maßnahmen bereits im Alltag nieder. Die schon vorher elendig niedrigen Löhne im öffentlichen Sektor und die armseligen Renten werden durch den Wegfall der 13. Monatszahlung weiter abgesenkt, Einkommen und Familienbeihilfen werden nicht mehr der Inflation angepasst, und die Mehrwertsteuer wird von 20% auf 25% angehoben. All dies wird unter wohlwollendem Blick von Europäischer Kommission und IWF sowie von einer von den Sozialisten getragenen Regierung exekutiert.

In Rumänien verlangt die EU-Kommission für die Gewährung des europäischen Beistands eine drastische Reduzierung des Haushaltsdefizits, so dass dort bereits im Jahre 2011 das Defizit wieder unter die Maastrichter Marke von drei Prozent sinken soll. Unter dem Druck von IWF und EU hat die rumänische Regierung Haushaltskürzungen im Umfang von 2,2% des BIP beschlossen. Die Löhne im öffentlichen Dienst werden gekürzt, die Sozialabgaben erhöht. Unter freundlicher Anleitung von IWF und EU plant man darüber hinaus weitere »Strukturreformen« im Bildungs- und Gesundheitssektor.

Wie schon angedeutet, erweisen sich aber auch die Regierungen vieler anderer osteuropäischer EU-Mitgliedstaaten als folgsame Zauberlehrlinge der EU-Kommission und des IWF.

⁵² Joachim Becker: Osteuropa in der Finanzkrise – ein neues Argentinien?; in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2009, S. 102

Mit dem Ziel eines raschen Euro-Beitritts vor Augen, »sparen« sie von sich aus, bis es quietscht. So haben Litauen und Estland Haushaltskürzungen im Umfang von 4% ihres BIP beschlossen. Estland strich die Steuerzuschüsse für die zweite Säule der Rentenversicherung und erhöhte Sozialabgaben und Mehrwertsteuer. Litauen kürzte bei der Sozialversicherung, Renten, öffentlichen Investitionen und den Löhnen im Öffentlichen Dienst, sowie bei den Finanzausgaben an die Kommunen. Mit IWF und Weltbank führt die litauische Regierung Diskussionen über weitere »Strukturreformen« in den Bereichen Gesundheit, soziale Sicherung, Renten und Öffentlicher Dienst sowie über ein breiteres Vorhaben zum »Bürokratieabbau«. Die neue rechtspopulistische bulgarische Regierung fror die Löhne im Öffentlichen Dienst ein und kürzte bei Sozialversicherungsbeiträgen und Renten. Die öffentlichen Ausgaben wurden um 15% zurückgefahren, inklusive der Gehälter der Minister.

Polen, Tschechien und die Slowakei fuhren hingegen eine moderatere Linie: kleine »Konjunkturprogramme« (Abwrackprämie in der Slowakei, Steuersenkungen in Polen, Verbesserungen beim Arbeitslosengeld in Tschechien usw.) wurden mit Einsparmaßnahmen an anderer Stelle kombiniert (z.B. Einfrieren der Löhne im Öffentlichen Dienst und Haushaltskürzungen von 0,6% des BIP in Tschechien). Selbst im Vergleich zu den bescheidenen Konjunkturprogrammen in der Alt-EU ist das nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

7. EU-Exit-Strategie: Der »Stabilitäts- und Wachstumspakt« als »Anker« der EU-Wirtschafts- und Fiskalpolitik

Die konventionelle Empfehlung der Wirtschaftswissenschaftler lautete bisher, eine Politik der Haushaltskonsolidierung nach schuldenfinanzierten Konjunkturprogrammen frühestens erst dann zu beginnen, wenn die »Wachstumsdelle« in Gänze überwunden ist. Die EU will damit aber nicht so lange warten.

Gegen 20 ihrer 27 Mitgliedstaaten hat sie bereits Defizitverfahren eingeleitet. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt soll nach dem Willen der Europäischen Kommission und der EU-Finanzminister wieder strikt durchgesetzt werden.

Scharfe Kritik an diesem Vorgehen kommt nicht nur vom Europäischen Gewerkschaftsbund, sondern auch von sonst eher neo-liberalen Wirtschaftswissenschaftlern: Die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts waren darauf angelegt, *»einzelne Sünder auszumachen und zu bestrafen,*

aber nicht die gesamte EU.»⁵³ Ein »*allgemeiner Wettlauf zum ›Ausstieg‹, der ein Aufsaugen der Liquidität, Zinserhöhungen, rigide Haushaltskürzungen und den Entzug von staatlichen Garantien kombiniert, wäre das beste Rezept für einen Rückfall in die Rezession (double-dip-recession).*« In Bezug auf den geplanten Euro-Beitritt mehrerer osteuropäischer EU-Staaten zeige sich jetzt die Unsinnigkeit der Maastricht-Konvergenzkriterien: Nach dem Inflationskriterium könnten fast alle beitreten, aber nach den Defizitkriterien müssten fast alle draußen bleiben.

Diese Kritik wurde bereits in den 1990er Jahren in der Debatte um die Maastricht-Kriterien auch aus dem damaligen wirtschaftswissenschaftlichen Mainstream vorgebracht. Der behauptete enge Zusammenhang zwischen staatlichen Defiziten und Inflation sei »heute nicht mehr zu erkennen«, so der damalige Chefökonom der Dresdener Bank, Klaus Friedrich.⁵⁴ 1994 sank die Inflationsrate im EU-Durchschnitt mit 3,1% auf ihr niedrigstes Niveau seit den 1960er Jahren. Gleichzeitig stiegen die durchschnittlichen jährlichen Haushaltsdefizite zwischen 1990 und 1995 von 3,5% auf 4,7% des BIP und die durchschnittliche gesamtstaatliche Verschuldung von 56% (1991) auf 71% (1995) des BIP.

Die Ökonomen Charles Wyplosz und Barry Eichengreen befanden damals, dass der Stabilitätspakt überflüssig sei. Er führe zu einer Wirtschaftsentwicklung in der EU, die von starken Abschwüngen und schwachen Aufschwüngen infolge der Einschnürung der Fiskalpolitik durch die rigiden Kriterien geprägt sein werde.⁵⁵

Die aktuellen Defizitverfahren gegen 20 Mitgliedstaaten offenbaren auch die innere »Hackordnung« in der EU. Malta muss bereits bis 2010 sein Defizit unter 3% des BIP gedrückt haben, Rumänien, Litauen und Ungarn bis 2011 sowie Lettland und Polen bis 2012. Die neuen EU-Mitgliedstaaten müssen so bereits in der Rezession kräftige Kürzungen einleiten.

Nur Deutschland, Österreich und den Niederlanden als exportstarken Ländern wird zugestanden, dass sie erst ab 2011 mit der Konsolidierung beginnen müssen. Alle übrigen betroffenen Mitgliedstaaten sollen bereits ab 2010 mit der »Haushaltssanierung« beginnen – in einer Periode, wo die Arbeitslosigkeit weiter steigt, die öffentlichen Finanzen belastet und auch die Kommission bei all ihrem Optimismus ein mageres Wachstum von 0,7% (2010) erwartet.

⁵³ Bruegel Memos to the new Commission 2009, S. 23

⁵⁴ Zitiert nach »Die Zeit« vom 13.7.1995

⁵⁵ Barry Eichengreen u. Charles Wyplosz: The Stability Pact: more than a minor nuisance?; Economic Policy 26, 1998

Tabelle 4: EU-Exit-Strategie – Fristen zur Senkung der Haushaltsdefizite unter die Maastricht-Grenze von 3% des BIP

	Erforderliche jahres- durchschnittliche Defizitreduzierung, in % des BIP	Saldo der öffentlichen Haushalte, 2009, in % des BIP	Frist
Deutschland	1/2	-3,4	2013
Italien	1/2	-5,3	2012
Österreich	3/4	-4,3	2013
Niederlande	3/4	-4,7	2013
Belgien	3/4	-5,9	2012
Slowenien	3/4	-6,3	2013
Slowakei	1	-6,3	2013
Tschechische Republik	1	-6,6	2013
Portugal	1 1/4	-8,0	2013
Frankreich	1 1/4	-8,3	2013
Spanien	1 3/4	-11,2	2013
Großbritannien (Haushaltsjahr)	1 3/4	-12,1	2014/15
Irland	2	-12,5	2014

Quelle: Joaquin Almunia, The Stability and Growth Pact: An anchor for fiscal exit strategies, Brüssel, 11.11.2009

Tabelle 5: Saldo der öffentlichen Haushalte, ausgewählte EU-Staaten, in % des BIP

	2006	2007	2008	2009	2010
EU-27	-1,5	-0,9	-2,3	-6,9	-7,5
Österreich	-1,7	-0,7	-0,5	-4,2	-5,6
Belgien	0,2	-0,3	-1,2	-5,9	-6,3
Finnland	3,9	5,2	4,4	-2,9	-4,2
Frankreich	-2,3	-2,7	-3,4	-7,0	-7,1
Deutschland	-1,5	-0,5	-0,1	-4,2	-4,6
Griechenland	-2,8	-3,6	-5,0	-6,4	-7,1
Irland	2,9	0,1	-7,3	-12,1	-13,3
Italien	-3,3	-1,5	-2,7	-5,6	-5,6
Luxemburg	1,3	3,2	1,4	-3,4	-4,4
Niederlande	0,6	0,5	0,9	-3,8	-5,7
Portugal	-3,9	-2,6	-2,6	-6,9	-7,3
Slowakei	-3,5	-1,9	-2,5	-5,3	-4,4
Slowenien	-0,8	0,3	-0,3	-5,9	-5,6
Spanien	2,0	2,2	-3,8	-12,3	-12,5
Großbritannien	-2,6	-2,6	-5,1	-11,6	-13,2
Tschechien	-2,6	-0,6	-1,4	-6,0	-7,0
Ungarn	-9,3	-4,9	-3,4	-3,9	-3,8
Lettland	-0,9	0,7	-3,4	-13,0	-12,0
Litauen	-0,4	-1,0	-3,3	-10,3	-7,6
Polen	-3,9	-2,0	-3,1	-5,8	-6,5
Rumänien	-1,4	-3,1	-4,9	-7,3	-5,9

Quelle: IMF Regional Economic Outlook: Europe, October 2009; Angaben für 2009 und 2010 sind Prognosen

Griechenland wird offiziell gerügt, weil es den wirklichen Stand seines Defizits durch statistische Tricks verschleiert und es durch Ausgabesteigerungen weiter aus dem Ruder habe laufen lassen. Spanien, Großbritannien und Irland erhalten wegen der Schwere der Krise und hohen Defiziten etwas mehr Zeit für die »Konsolidierung«. Von den meisten Mitgliedstaaten werden deutlich höhere jährliche Kürzungen verlangt als die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen 0,5% des BIP.

Die frühzeitige Exit-Strategie der EU baut einerseits auf der optimistischen Herbstprognose (November 2009)⁵⁶ der EU-Kommission auf, dass die EU-Wirtschaft bereits im Jahr 2011 durchschnittlich um 1,6% Prozent wachsen werde – mit deutlich höherem Wachstum in Deutschland und Frankreich. 2011 sei mit dem Beginn eines selbsttragenden Aufschwungs zu rechnen. Die gesamtstaatliche Verschuldung werde im EU-27-Durchschnitt allerdings trotz der vorgeschlagenen »Haushaltskonsolidierung« bis 2011 auf 84 % des BIP steigen (2007 lag sie knapp unter 60% des BIP).

Sie ist andererseits verbunden mit der Warnung, dass die demografische Entwicklung (»Überalterung« der Bevölkerung) zu einer erhöhten Kostenbelastung der öffentlichen Haushalte führen werde (um durchschnittlich 0,5% des EU-27-BIP zwischen 2007-2020 und 4,7% zwischen 2007 und 2060).⁵⁷ Dem müssten die Mitgliedstaaten mit einer Erhöhung des Renteneintrittsalters und Maßnahmen zur Kostendämpfung in den Gesundheits- und Rentensystemen sowie der Pflege begegnen.

So verkündet die Kommission zufrieden: *»Die geforderte durchschnittliche jährliche Anpassung wird auf der Grundlage aller Faktoren berechnet, die für die Erreichung der haushaltspolitischen Ziele maßgeblich sind, angefangen mit der Höhe von gesamtstaatlichem Defizit und Bruttoschuldenstand sowie anderen Indikatoren, wie Leistungsbilanzposition, Höhe der Eventualverbindlichkeiten des Finanzsektors, Zinszahlungen, Risikoprämien und auf mittlere Sicht erwartete Veränderung der alterungsbedingten Ausgaben. Von Ländern, denen schon in naher Zukunft hohe Tragfähigkeitsrisiken drohen, wird eine schnellere Haushaltsanpassung verlangt, damit der Zugang zur Finanzierung über die Märkte wieder frei wird.«*⁵⁸

⁵⁶ European Commission Staff Working Document: European Economic Forecast – autumn 2009; European Economy 10/2009

⁵⁷ European Commission and Economic Policy Committee Joint Report: 2009 Ageing Report; Economic and budgetary projections for the EU-27 Member States (2008-2060); European Economy 2/2009,

⁵⁸ Pressemitteilung der EU-Kommission: Verfahren bei einem übermäßigen Defizit: der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Anker für den Rückzug aus der Konjunkturförderung; 11.11.2009, IP/09/1694

Ähnlich wie viele osteuropäische Mitgliedstaaten haben auch viele westeuropäische Länder bereits in 2009 mit der »Haushaltssanierung« begonnen, unter anderem Belgien und Italien. Die irische Regierung fror bereits Anfang 2009 die Löhne im Öffentlichen Dienst ein, kürzte empfindlich bei Sozialleistungen und erhöhte die Lohn- und Einkommenssteuer für gering Verdienende. Aktuell bereitet sie weitere Haushaltskürzungen im Umfang von 4 Mrd. Euro vor, die vorwiegend den Öffentlichen Dienst betreffen.⁵⁹

Spaniens sozialdemokratische Regierung legte im Herbst 2009 nach zuvor massiver Konjunkturförderung den Hebel um und beschloss für 2010 eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16% auf 18% sowie die ersatzlose Streichung des Steuerrabatts von 400 Euro für jede/n Bürgerin und Bürger. Die Last trifft vor allem Haushalte mit geringem Einkommen, denn Besserverdiener kommen mit einer bescheidenen Erhöhung der Kapitalertragssteuer günstiger weg. Ansonsten sollen alle öffentlichen Ausgaben auf den Prüfstand. Griechenlands neue PASOK-Regierung will in 2010 durch Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen den Haushalt um 7,8 Mrd. Euro entlasten.

Der britische Premier Gordon Brown kündigte im Oktober 2009 an, 16 Mrd. Pfund Sterling durch den Verkauf öffentlicher Vermögenswerte (unter anderem die Eisenbahnverbindung zum Ärmelkanaltunnel, Gebäudebesitz usw.) zu Erlösen. Die erneute Privatisierungspolitik (u.a. auch bei der Post) wird jedoch nur mickrige Einnahmen im Vergleich zu den erwarteten Haushaltsdefiziten (170 Mrd. Pfund Sterling 2009 und nochmals 2010) bringen. Privatisierungspolitik, Sozialabbau, steuerliche Mehrbelastung der unteren Einkommen – das sind auch jetzt wieder die »Rezepte« zum Schuldenabbau.

Wer über die Risiken der öffentlichen Verschuldung spricht, sollte aber über die Einnahmeseite nicht schweigen. Der Steuersenkungswettlauf in der EU hat dazu geführt, dass Unternehmensgewinne, Erbschaften und Vermögen stetig entlastet wurden, was nichts anderes als Einnahmeverzicht seitens der Staaten bedeutet.

Die Spitzensätze für die Besteuerung von Unternehmensgewinnen liegen deutlich unter den Spitzensätzen für die Einkommensteuer. Bei den Einkommensteuern wurden bisweilen auch die unteren Einkommen durch Steuerreformen entlastet, in der Regel aber insbesondere die oberen. Dies

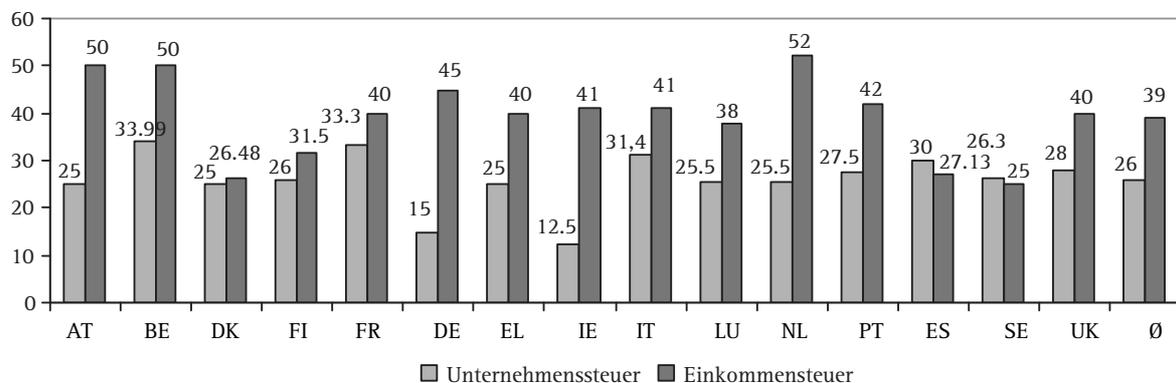
⁵⁹ Die Kürzungen um 4 Mrd. Euro würden das Haushaltsdefizit bei 12% des irischen BIP stabilisieren. Danach müssten bis 2014 nochmals Kürzungen im Umfang von 9% des BIP durchgesetzt werden, um den Stabilitätspakt zu erfüllen.

Tabelle 6: Unternehmensteuersätze in der EU 15, 1980–2009, in %

	1980	1990	2000	2009*
Österreich	55	30	34	25
Belgien	48	41	39	33,99
Dänemark	40	40	32	25
Finnland	43	25	29	26
Frankreich	50	37	33,3	33,3
Deutschland	56	50	45	15
Griechenland	43,4	46	40	25**
Irland	45	43	24	12,5
Italien	25	36	37	31,4
Luxemburg	40	34	30	25,5
Niederlande	48	35	35	25,5**
Portugal	23	36,5	32	27,5**
Spanien	33	35	35	30**
Schweden	40	40	28	26,3
Vereinigtes Königreich	52	35	30	28**

Quelle: World Tax Database; * Standardisierte Verhältnisanteile, außer für Länder mit Differentialanteilen; ** bezeichnet Spitzensteuersätze

Grafik 16: Spitzensteuersätze für Unternehmenssteuern und persönliche Einkommensteuer in der EU-15, 2009, in %



Quelle: World Tax Database; Eurostat

ging insgesamt einher mit einer Verlagerung des Steueraufkommens von den vorgenannten direkten Steuern auf indirekte (z.B. Mehrwertsteuern).⁶⁰

Die Steuersysteme entfernen sich damit immer mehr vom vorher geltenden Prinzip der progressiven Besteuerung (linear steigende Steuerbe-

⁶⁰ Siehe Jeremy Leaman: What Price for the Loss of Progressivity in Taxation? Europe's Failure and its Consequences; Manuscript, September 2009

**Tabelle 7: Einfachsteuersätze (Flat Tax)
in den neuen EU-Mitgliedstaaten 2008, in %**

	Einkommens- steuersatz	Unternehmens- steuersatz	MwSt. Satz
Bulgarien	10	10	20
Tschechische Republik	15	21	19
Estland	21	21	20
Lettland	15	23	21
Litauen	20	21	19
Rumänien	16	16	19
Slovakei	19	19	19

Quelle: Jeremy Leaman, 2009

lastung nach wachsender wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit). Die »Flat-Tax«-Systeme in einer Reihe neuer EU-Mitgliedstaaten stehen zu Recht im Feuer der Kritik (Steuerdumping), aber zumindest im Bereich der Unternehmensbesteuerung bewegen sich Irland und Deutschland im Rahmen der osteuropäischen Sätze. Wenn die neue schwarz-gelbe Bundesregierung in Deutschland ihr Vorhaben eines »Stufentarifs« bei der Einkommensteuer wirklich umsetzt, dann ist dies eigentlich nur die letzte Konsequenz eines schon längeren Abschieds von der progressiven Besteuerung.

8. Fazit und Ausblick

Die politische Zielsetzung der EU, die internationale »Wettbewerbsfähigkeit« der europäischen Ökonomien zu steigern und die EU zur »wettbewerbsfähigsten wissensbasierten Wirtschaftsregion der Welt« zu machen (das Mantra der Lissabon-Strategie 2000-2010), ist auf der ganzen Linie fehlgeschlagen. Ursache der Finanz- und Wirtschaftskrise 2007-2010 ist allerdings nicht, dass die EU in punkto »Wettbewerbsfähigkeit« ihrer Wirtschaft gegenüber den als Hauptkonkurrenten ausgemachten Ländern USA, China oder Indien dramatisch verloren hätte.

Dies betrifft insbesondere Deutschland als die größte nationale Ökonomie der EU, die gegen alle Widrigkeiten und zeitweiligen Schwächen ihre Position als »Exportweltmeister« behaupten konnte. An den gerade in Deutschland periodisch aufflammenden »Standortdebatten« lässt sich dies ablesen. Anfang der 1980er Jahre war Japan mit seinen Hightech-Exporten der große Angstgegner – es erlebte dann aber in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einen grandiosen Boom von Immobilienspekulation und versank nach dem Platzen dieser Blase in den 1990er Jahren

in einer langen Phase von Depression und Deflation. Als nächster Gegner wurden in den 1990er Jahren die südostasiatischen Tiger ausgemacht – sie strauchelten schließlich in der Asienkrise Ende der 1990er Jahre. Dann waren die USA mit ihrer grandiosen »New Economy« Anfang 2000 der nächste Herausforderer – um nur kurze Zeit später abzustürzen und die vom spekulativen Konsumboom der USA durch Exporte profitierende EU mit in den Strudel zu reißen.⁶¹

Die globale Standortkonkurrenz der letzten 30 Jahre ergab für die betroffenen nationalen und multinationalen Kapitale am Ende ein Nullsummenspiel. Für die Lohnabhängigen und EmpfängerInnen von staatlichen Transfereinkommen brachte sie jedoch schwerste Opfer: Abbau des Wohlfahrtsstaats, Prekarisierung der Beschäftigungsverhältnisse, Rückkehr der Armut, Reallohnverluste, Absinken der Lohnquote und eine drastische Umverteilung der Einkommen hin zu Unternehmensgewinnen und Vermögen.

Der US-amerikanische Historiker Robert P. Brenner hat diese Entwicklung unlängst beschrieben und analysiert, wie globale Standortkonkurrenz, internationale Wechselkursregime und unterschiedliche Strategien zur dauerhaften Wiederbelebung des Wirtschaftswachstums (Steigerung der »Wettbewerbsfähigkeit« der exportorientierten Produktions- und Dienstleistungsindustrien; spekulationsgetriebene, auf privater Verschuldung und dem »Vermögenseffekt« steigender Wertpapiere oder Immobilienpreise beruhende »Booms und Busts«) und ihre Widersprüche sich zu einer systemischen Krise aufgeschaukelt haben.⁶²

Ob öffentliche (steigende Haushaltsdefizite und Staatsschulden überall in den 1970er und 1980er Jahren, in Japan permanent und in den USA wieder ab 2001) oder private Verschuldung (Unternehmen und Privathaushalte wie in den USA in den 1990ern und wieder 2003-2007, oder in einigen Ländern der EU seit den 1990ern bis 2008) – die davon ausgehenden Impulse reichten nicht, um den »langen Abschwung« zu durchbrechen. Die USA als »Verbraucher der letzten Instanz« und »Motor der Weltwirtschaft«, auf dem die Exportstrategien Deutschlands, Japans, Südostasi-

⁶¹ Der ehemalige Chef der US-Zentralbank unter Ronald Reagan, Paul Volcker, beschrieb den Irrsinn des spekulationsgetriebenen Akkumulationsmodells treffend so: »Das Schicksal der Weltwirtschaft hängt heute völlig vom Wirtschaftswachstum in den USA ab, welches wieder von der Entwicklung der Börse abhängt, deren Wachstum von der Wertentwicklung von rund 50 Unternehmen abhängt, von denen die Hälfte niemals irgendeine Gewinne verzeichnet haben.« Zitiert nach David W. Tice, »Increasing Signs of Systemic Stress«, Prudent Bear, 21 May 1999

⁶² Robert P. Brenner: What is Good for Goldman Sachs is Good for America. The Origins of the Present Crisis. 10 February 2009; <http://escholarship.org/uc/item/0sg0782h>

ens und Chinas in unterschiedlichen Perioden beruhten – diese Funktion erweist sich immer mehr als brüchig.

Die gleichen Muster sind übrigens auch bezüglich der Standortkonkurrenz innerhalb der EU zu erkennen: Wachstum und Zusammenbruch durch spekulative Blasen und ihr Platzen in Spanien, Irland, Großbritannien und einigen osteuropäischen EU-Staaten, gesteigerter Wettbewerbsdruck auf alle EU-Staaten durch die rabiante Kostensenkungsstrategie des »Exportweltmeisters« Deutschland (siehe Punkt 5).

Ein Ausbruch aus dem »langen Abschwung« ist nirgendwo gelungen – das Wachstum in der EU der letzten drei Jahrzehnte (und auch in den USA, von Japan ganz zu schweigen) blieb im Vergleich zu den 1950er bis 1970er Jahren mäßig. Bei den »Schwellenländern« ist dies der Natur der Sache nach anders – sie werfen aber im Prinzip ähnliche Produkte und Dienstleistungen wie die entwickelten Industrieländer auf den Weltmarkt, nur halt billiger. Das verstärkt die ohnehin bestehenden Überkapazitäten in vielen Wirtschaftssektoren.

Dies alles spiegelt die Probleme der »Realwirtschaft« der entwickelten Industrieländer wieder, trotz brachialer Kostensenkungsprogramme und zeitweise wieder erreichter Profite auf dem Niveau der 1960er Jahre die »lange Welle mit stagnativem Grundton« (Ernest Mandel)⁶³ seit 1973 zu durchbrechen und die Grundlagen für einen selbsttragenden neuen »langen Aufschwung« mit dauerhaft hohen Profitraten und höherem Wirtschaftswachstum zu legen. Diese historisch gewachsene, realwirtschaftliche Basis der Krisenentwicklung wird leider in vielen »linken« Analysen immer noch ausgeblendet. Auch diese heben lieber auf eine allgemeine Schelte des »finanzmarktgetriebenen Akkumulationsmodells« ab und glauben wie ihre aufgeklärten »bürgerlichen« Gegenspieler und die von wirtschaftspolitischen Einsichten unbeleckten Mehrheiten der Bevölkerung im Grunde fest daran, mit etwas »mehr Regulierung« ließe sich der globale Kapitalismus schon zum Vorteil der Lohnabhängigen »zähmen«.

Der Schwachpunkt der EU-Politik lag darüber hinaus natürlich in den »Strukturreformen« im EU-Binnenmarkt – vor allem der Liberalisierung der Kapital- und Finanzmärkte. Diese sollten eigentlich die EU-Wirtschaft dynamisieren. Sie machten die EU hingegen anfällig für die schnelle Übertragung globaler, systemweiter Schocks wie die Zusammenbrüche der New Economy- und Häusermarkt-Spekulationsblasen, die verheerenden Wirkungen giftiger »Schrottpapiere« inklusive. Die daraus resultierende Finanzmarkt- und Bankenkrise traf das »Herz-Kreislaufsystem« des ge-

⁶³ Ernest Mandel: Die langen Wellen im Kapitalismus, Frankfurt/M. 1983

genwärtigen Kapitalismus auch in der EU. Bankenkrise – das zeigt die historische Erfahrung – werfen die Gesamtwirtschaft und ihr »Potenzialwachstum« weit zurück und sind deshalb nicht so leicht zu überwinden. Das hat auch die Europäische Kommission in ihrer »Exit-Strategie« eingepreist. Sie geht ja davon aus, dass über Jahrzehnte hinweg die ohnehin moderate Wachstumsentwicklung von vor 2008 nicht mehr erreicht werden kann.

Gegenwärtig gibt es in der EU auch auf der Kapitalseite deshalb nur Verlierer der Krise. Um das von Henri Sterdyniak in Bezug auf die Eurozone gezeichnete Bild zu aktualisieren: Die größten Verlierer sind zunächst die früheren Gewinner der Euro-Einführung: Spanien, Griechenland und Irland. Hinzu kommt Großbritannien. Eine Krise der Bauwirtschaft lässt sich nämlich ähnlich schwer überwinden wie eine Bankenkrise – und zumindest Großbritannien ist von beiden schwer gebeutelt.

Italien und Portugal bleiben weiterhin die Verlierer – erst recht angesichts der aktuellen Aufwertung des Euro, der ihre Exporte (Textilien, Möbel usw.) verteuert. Sie können im Unterschied zu Deutschland (Hightech-Produkte und Werkzeugmaschinen etc.) nicht darauf hoffen, wegen überdurchschnittlicher Qualität ihrer Produkte auch angemessene Preise dafür auf dem Weltmarkt zu erzielen.

Die Liste der Verlierer lässt sich auf mittel- und osteuropäische EU-Staaten erweitern, die vormals aufgrund eines spekulationsgetriebenen Akkumulationsmodells zu den »neuen Tigern« zählten: die baltischen Staaten (Estland, Lettland, Litauen), und abgestuft auch Rumänien, Ungarn und Bulgarien. Zu den »Opfern« gesellen sich nach Frankreich, Finnland und Belgien nun Tschechien, die Slowakei, Slowenien sowie abgestuft Dänemark und Schweden. Von den osteuropäischen Staaten gelingt es möglicherweise einzig Polen, sich am Rande des europäischen Trends durchzuwursteln.

Aber auch die »bösen Buben« – Deutschland, Österreich und die Niederlande – gehören aktuell mit ihren exportfixierten Modellen zu den Verlierern. Ihre in der Vergangenheit gesteigerte internationale und europäische »Wettbewerbsfähigkeit« hilft ihnen momentan nicht viel, weil der spekulationsgetriebene Verbraucherboom in ihren Hauptexportmärkten in Europa und den USA in der Krise zusammengebrochen ist. Ob China, Indien, Lateinamerika und die Öl produzierenden Länder im Mittleren Osten diesen Verlust an Absatzmärkten wett machen können, ist fraglich.

Die Exit-Strategie der EU ist andererseits eher auf die Bedürfnisse dieser »Exportmodelle« ausgerichtet. Sie erhalten ein Jahr mehr Zeit, ihre Konjunkturprogramme fortzusetzen. Ob diese helfen – wie die von der

deutschen schwarz-gelben Koalition beschlossenen Steuersenkungen für Unternehmen, Erben und Vermögende – darf bezweifelt werden. Wie bei ähnlichen Programmen in den USA unter Ronald Reagan und den beiden Bushs, dürften die dadurch begünstigten Gruppen eher die Entlastungen auf die hohe Kante legen, als dass sie den Konsum stimulieren.

Was sich für Deutschlands Kapitalisten aber dauerhaft günstig auswirken dürfte, ist die mit der EU-Exit-Strategie verbundene Verfestigung der etablierten Hierarchie von Wertschöpfungsketten und Fertigungstiefen in Europa. Osteuropa wird durch die von EU und IWF erzwungenen »Strukturanpassungsprogramme« für Lettland, Ungarn und Rumänien nochmals zu einer deutlich verbilligten verlängerten Werkbank für deutsche (und andere) europäische Konzerne. Dass andere mittel- und osteuropäische Staaten hier »freiwillig« mit Blick auf den Beitritt zur Eurozone nachziehen, verstärkt diesen Prozess. Frankreich, Österreich und die Niederlande können sich hier dranhängen. So kann das deutsche Kapital zumindest hoffen, wieder zum Gewinner nach der Wirtschaftskrise aufzusteigen.

Damit ist eines zumindest klar: Die auch von der EU-Kommission inzwischen eingeräumte Notwendigkeit, einen Ausgleich zwischen Ländern mit Leistungsbilanzdefiziten in der EU (Süd- und Osteuropa) und Ländern mit extremen Exportüberschüssen zu organisieren, wird sich aufgrund der unterschiedlichen Interessen und Kräfteverhältnisse zwischen den nationalen Kapitalen in der EU nicht materialisieren. Was für Europa eigentlich notwendig wäre – eine stärkere Orientierung Deutschlands auf (umwelt- und sozialverträgliche) Entwicklung von Binnenwirtschaft und Binnennachfrage – ist weiterhin nicht in Sicht.⁶⁴ Diese Option wird von den deutschen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Eliten rundheraus abgelehnt.

Das wirft einige grundsätzliche Fragen auf: Kann eine gemeinsame Währung sich auf Dauer ohne gemeinsamen Staat halten? Die alten Debatten zu Beginn der Europäischen Währungsunion um »Politische Union« vor »Währungsunion« werden in den einschlägigen Wirtschaftsmagazinen

⁶⁴ »It is true that large imbalances have built-up inside the euro area (and the larger European Union too) that owe primarily to Germany's wage deflation and which will complicate governance for some time to come. But the euro area does have the means to sustain domestic demand as the U.S. economy slows, and thereby foster the much-hoped-for ›decoupling‹ too. Its unwillingness to use its own means does neither warrant any Japan-like excuse for inaction nor justify trips to Beijing. Global imbalances had their roots in export-led growth strategies enjoying popularity in much of the world and way beyond China. As the U.S. slows there is little sense in excusing everyone except China for not getting off old habits.«; Jörg Bibow u. Andrea Terzi: Time for the euro-area to become part of the solution; 6.2.2008

wieder aufgetischt. Etwas profaner und handfester kristallisiert sich dies in den Forderungen nach einer »Europäischen Wirtschaftsregierung« – von rechts erhoben von Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy, von links von Oskar Lafontaine in Deutschland.

Wenn die EU es nicht einmal schafft, auf den »symmetrischen Schock« der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise mit einem systemischen, untereinander abgestimmten Programm zu reagieren, das auch zur »realwirtschaftlichen Konvergenz« und der Angleichung der Lebensverhältnisse in ihren Mitgliedstaaten beiträgt – womit lässt sich dann die Idee der »europäischen Integration« auf Dauer noch begründen und legitimieren?

Die geplante EU-Exit-Strategie ist ein Programm des Klassenkampfes von oben. Während man die Bodenbildung bei der Rezession als erreicht ansieht und das Finanzsystem fürs erste als stabilisiert wähnt, sollen die Lohnabhängigen in Europa die Kosten von Krise und Bankenrettung tragen. Die Bankenrettung treibt die öffentliche Verschuldung weiter voran und könnte, wie erwähnt, rund 40% des EU-27 BIP kosten. Mit dem Vertrag von Lissabon ist die Europäische Kommission in einer gestärkten Position, um den Mitgliedstaaten ihre Vorschläge zum Defizitabbau aufzudrücken. Der Europäische Rat kann entsprechende Vorschläge der Kommission jetzt nämlich nur noch mit einer qualifizierten Mehrheit ablehnen oder verändern.

Die mahnenden Worte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zu Beginn der Schuldenabbaupolitik für die Errichtung der Währungsunion in den 1990er Jahren sind heute aktueller denn je: *»Sollen nämlich die Referenzwerte erreicht werden, müsste die Finanzpolitik aller potenzieller Teilnehmerländer unverzüglich einen massiven Restriktionskurs einschlagen und damit riskieren, dass die ohnehin fragile konjunkturelle Entwicklung weiter geschwächt wird und das Erreichen des Defizitkriteriums selbst in weite Ferne rückt. Steigt dann die Massenarbeitslosigkeit weiter an, entstehen zudem soziale und politische Spannungen, die zur Folge haben können, dass eine Währungsunion wieder auseinander bricht und der Einigungsprozess weit zurückgeworfen wird.«*⁶⁵

Die EU-Kommission begründet den schnellen Schuldenabbau damit, dass sonst private Investitionen verdrängt und die wirtschaftliche Erholung deshalb gehemmt würde. Allerdings sind sowohl die Verbrauchernachfrage als auch die Investitionen der Unternehmen derzeit im Keller. Der belgische Wirtschaftswissenschaftler Paul De Grauwe widerspricht

⁶⁵ DIW-Wochenbericht 6/1996: Wie wichtig sind die finanzpolitischen Konvergenzkriterien?

deshalb vehement: *»Der starke Anstieg der Staatsverschuldung heute ist die natürliche Konsequenz aus der untragbaren Schuldenexplosion des Privatsektors der letzten zehn Jahre. Verbraucher in den USA und vielen europäischen Ländern, sowie der Finanzsektor der USA und Europas haben riesige Berge privater Verschuldung aufgetürmt. (...) Staatsschulden und -defizite sind heute nötig, um der privaten Wirtschaft (Unternehmen und Verbrauchern – KD/AW) zu ermöglichen, ihre Schulden abzutragen. Das ist wiederum nötig, um die Wirtschaft zu stabilisieren, und das letztere wiederum, um die staatlichen Finanzen auf eine solide Grundlage stellen zu können.«⁶⁶*

Mit einer verfrühten Politik des staatlichen Schuldenabbaus werde der Trend zu einer deflationären Entwicklung verstärkt: *»Am Ende würde ein solcher Sparkurs (fiscal retrenchment) keinesfalls garantieren können, dass die Regierungen tatsächlich ihren Schuldenstand reduzieren könnten. Deflationärer Druck würde weiterhin die staatlichen Einnahmen verringern und damit zusätzliche Haushaltsprobleme schaffen, die gleichfalls nicht tragbar sind.«*

Der Mechanismus einer deflationären Entwicklung lässt sich in groben Zügen so darstellen:

- Schlechte Wirtschaftsaussichten treiben die Inflation nach unten, negative Inflationsraten entwickeln sich. Die Geldpolitik kann die Zinsen nicht unter 0% senken, die »realen« Kreditzinsen steigen.
- Die Unternehmen investieren nicht mehr, senken Löhne und steigern den Preiskampf, um »wettbewerbsfähiger« zu werden und zu überleben.
- Die Verbraucher haben als Erwerbstätige weniger Geld und warten auf weiter sinkende Preise, was die Endnachfrage weiter stranguliert.
- Die Rezession verlängert sich zu einer Stagnation oder *Depression* (1929, Japan in den 1990er Jahren). Dagegen ist auch mit staatlichen Konjunkturimpulsen kaum noch anzukommen.

Das liberale Wirtschaftsmagazin »The Economist« (9.5.2009) sieht in der Deflation deshalb das größere Übel im Vergleich zur Inflation: *»Eine Zentralbank kann den Leitzins soweit erhöhen, wie immer sie will, um die Inflationsrate zu drücken. Aber sie kann den nominalen Leitzins halt nicht unter Null senken. Die Deflation beraubt die Zentralbank ihrer Möglichkeiten, die Ausgaben zu stimulieren, indem negative reale Zinsraten genutzt werden. Im schlimmsten Fall ziehen steigende (private – KD/AW) Verschuldung und Bankrotte das Wachstum nach unten, vergiften die Wirt-*

⁶⁶ Paul De Grauwe: Government debts are unsustainable and desirable, 18.6.2009

schaft durch vertiefte Deflation und treiben die realen Zinsen nach oben.« Ein wirtschaftlicher Teufelskreislauf also.

Das Statistische Amt der EU vermeldet seit Juni 2009 im Vergleich zu den jeweiligen Monaten des Vorjahres 2008 stets negative Inflationsraten für die Eurozone: -0,1 für Juni 2009 gegenüber Juni 2008, -0,7% im Juli, -0,2% im August, - 0,3% im September und -0,1% im Oktober 2009.⁶⁷ Die EU schrammt derzeit bereits hart am Rande einer deflationären Entwicklung. Der geplante rigorose Schuldenabbau ab 2010/2011 würde diesen deflationären Druck weiter verstärken. Wie die EU-Mitgliedstaaten bei bestenfalls flachem Wirtschaftswachstum binnen weniger Jahre die Haushaltsdefizite von teils zweistelliger Größenordnung unter 3% des BIP senken können, bleibt das Geheimnis von Europäischer Kommission und den Wirtschafts- und Finanzministern der EU. Ohne weiteren massiven Sozialabbau, drastische Beschneidung öffentlicher Investitionen und Privatisierung der letzten Reste öffentlichen Eigentums wird dies kaum zu bewerkstelligen sein. Was die EU mit ihrer Exit-Strategie vorhat, ist die neo-liberale Variante der »ewigen Wiederkehr des Gleichen« (Friedrich Nietzsche).

Auf dem Papier zumindest kündigt der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) dagegen Widerstand an und verlangt höhere Löhne, mehr staatliche Investitionen für den ökologischen und sozialen Umbau in Europa und eine Beschäftigungsoffensive.⁶⁸ Die letzten vom EGB koordinierten Protestaktionen zur Krise fanden allerdings im Mai 2009 statt – weitere Mobilisierungen scheinen nicht geplant. Galt der EGB-Vorsitzende John Monks bei vielen in den deutschen Gewerkschaften bisher eher als »Weichei«, so fußt der derzeitige EGB-Kurs zur Krise immerhin auf robusten Prinzipien für eine andere Wirtschaftspolitik.

Geht es nach der Spitze der IG Metall, so wird diese künftig eine moderate Lohnpolitik zur »Sicherung der Arbeitsplätze« fahren – vergleichbar mit dem erfolglosen »Bündnis für Arbeit« unter dem damaligen IGM-Vorsitzenden Klaus Zwickel in den 1990er Jahren.⁶⁹ Wenn sie damit durchkommt, fiele die immer noch mächtigste Gewerkschaft in Europa als Faktor des Widerstands weitgehend aus. In den 1980er und frühen 1990er

⁶⁷ HVPI-Werte, siehe http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/2-15102009-AP/DE/2-15102009-AP-DE.PDF; die letzten vorliegenden Werte sind für Oktober 2009.

⁶⁸ ETUC Executive Committee: The European exit strategy: fiscal stimulus can only be withdrawn when unemployment is down long enough, 20.10.2009, www.etuc.org/a/6588. Siehe auch den Beitrag von Jürgen Klute in diesem Supplement.

⁶⁹ Siehe Süddeutsche Zeitung vom 26.10.2009; »IG Metall verzichtet auf hohe Lohnforderung« und »Kluger Huber«

Jahren hatten IG Metall und IG Druck und Papier bei ähnlich hohen Arbeitslosenzahlen wie heute mit einer widerstandsorientierten Politik der Arbeitszeitverkürzung immerhin Arbeitsplätze sichern und die Umverteilung zu Lasten der Erwerbseinkommen begrenzen können. Eine Politik der Lohnmoderation hätte hingegen die gleichen verheerenden Wirkungen wie in der Großen Depression der 1930er Jahre: Schwächung der Binnennachfrage, Deflation und Depression. Wer tarifpolitisch keine Kraft entwickeln kann, kann auch im politischen Raum Forderungen nach einem Stopp des Sozialabbaus oder nach mehr Wirtschaftsdemokratie nicht durchsetzen.

Mit dem geplanten Schwenk der IG Metall-Spitze auf die seit langem praktizierte Linie der IG BCE würde in Deutschland eine gewerkschaftliche Politik des Wettbewerbs- und Standortkorporatismus für wichtige Industriebranchen maßgeblich – um gemeinsam mit dem Kapital Deutschlands Rolle als Exportweltmeister erneut gegen den Rest Europas und der Welt zu festigen. Bisherige gewerkschaftliche Brandreden auch der IG Metall für eine stärkere Orientierung auf die binnenwirtschaftliche Entwicklung erwiesen sich dann als hohle Rhetorik. Der Vorsitzende der Gewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, hat diesen Kurs zwar öffentlich kritisiert. Er hält an einer offensiven Lohnpolitik in der Krise fest. Doch ver.di allein kann die nötige Kraft dafür nicht entwickeln, weil die Gewerkschaft in einer Reihe von Branchen kaum mehr streikfähig ist. In Deutschland – dem wirtschaftsstärksten Mitgliedstaat der EU – droht so eine Spaltung des möglichen Widerstandspotenzials gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf Lohnabhängige und RentnerInnen.

Vorstellbar ist hingegen, dass in Frankreich und der südlichen Peripherie der Union Forderungen nach einer alternativen Wirtschafts- und Sozialpolitik der EU lauter werden. Verlangt werden könnte dort eine solidarische EU mit erheblichen Transferleistungen für die ärmeren Länder und Regionen und mehr wirtschafts- und fiskalpolitische Kooperation. Spätestens dann wird die spannende Frage an eine Linke in den Metropolen – und hier vor allem an die Deutschlands – gestellt werden: Wird sie bereit sein, einem solchen Reichtumsausgleich innerhalb der Union zuzustimmen oder wird sie den Schulterchluss mit den Herrschenden suchen, um gemeinsam mit ihnen die Forderungen der armen Peripherie abzuwehren? Von der Beantwortung dieser Frage wird abhängen, ob sich die Europäische Union zu einer Sozialunion weiterentwickelt, oder ob sie noch stärker als bisher Züge einer Hegemonialordnung annimmt, in der das Europa des reichen Kerns die ärmere Peripherie dominiert und die »subalternen Klassen« überall die Krisenlasten schultern müssen.

Jürgen Klute

Was tun – in der Krise?

Alternative Ansätze für einen Ausweg
aus dem Chaoskapitalismus

»Frühere Erfahrungen zeigen, dass Krisen – indem sie die Notwendigkeit und Dringlichkeit von Strukturreformen vor Augen führen – eine Chance darstellen, die Regierungen nutzen können, um bei Strukturreformen entscheidende Durchbrüche zu erzielen. (...) Um die nötigen Reformen zu unterstützen und die Haushaltskonsolidierung – die sich unweigerlich über mehrere Jahre erstrecken wird – glaubhafter zu machen, werden die Mitgliedstaaten möglicherweise auch ihre eigenen stabilitätsfördernden institutionellen Regelungen ausbauen müssen. Im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts sollte die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Schulden in den Überwachungsverfahren eine deutlich hervorgehobene und explizite Rolle einnehmen.«

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat: »Langfristig tragfähige öffentliche Finanzen für eine sich erholende Volkswirtschaft« vom 14.10.2009 (KOM [2009] 545, S. 12)

Die Mitgliedsstaaten sollen die Krise nutzen, um – wie bisher – neoliberale Strukturreformen durchzusetzen. Die Kommission wird sie dabei unterstützen, mit Argumenten und, wenn nötig, mit Defizitverfahren und den entsprechenden im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Sanktionen.

Dabei finden innerhalb der EU-Institutionen keine erkennbaren, auch nur halbwegs ernsthaften Krisenanalysen statt. Nur so ist zu erklären, dass den Regierungen die immergleichen Medikamente verordnet werden sollen – lediglich in höherer Dosis.

Auch bezogen auf die völlig aufgeblähten und außer Kontrolle geratenen Finanzmärkte ist von Korrekturen oder gar einer Abkehr vom brüchigen Modell des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus keine Rede. Gegenwärtig steht eine Reihe von Richtlinien zur Reform der europäischen Finanzmärkte mitten im Gesetzgebungsprozess. Richtungsweisende Initiativen sind dabei aus Brüssel nicht zu erwarten. Der derzeitige Konsens in der EU schießt sich auf Probleme in Aufsicht und Transparenz an den Märkten ein. Die Finanzmärkte selbst und ihr Stellenwert werden nicht als Problem begriffen.

Anhand der von der Kommission vorgelegten Vorschläge für Reformen an den europäischen Finanzmärkten werden im Folgenden in einem ers-

ten Schritt konkrete Defizite benannt, die auf dem Weg zu einer wenigstens kurzfristig funktionierenden Minimalregulierung beseitigt werden müssen. In einem zweiten Schritt wenden wir uns alternativen Lösungsvorschlägen zu, die dem Anspruch gerecht werden sollen, der Tiefe der aktuellen Krise Rechnung zu tragen.

Strikte Regulierung der Finanzmärkte?

Von den größten Vertretungen der Beschäftigten in Europa wurden sowohl die bisherigen Vorschläge der Kommission zur Einrichtung einer europäischen Architektur der Finanzmarktaufsicht wie auch die so genannte Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFM), die im Sommer 2010 verabschiedet werden soll, geprüft.

Mit Blick auf die AIFM hat der Arbeitskreis Europa der Arbeiterkammer Österreichs (AK Europa) weit über die Vorlage der EU-Kommission hinausgehende Änderungsvorschläge gemacht. In der bisher vorgesehenen Registrierung von Hedge Fonds sieht der AK Europa lediglich eine Formalität. Dementsprechend fordert er in Verbindung mit der Registrierung verbindliche Auskünfte über Kapitalquoten, Portfolios, Anlagestrategien und Gebühren. Zur Verbesserung der Transparenz sei zudem eine Wertfeststellung der Fonds sowie eine Depotführung durch unabhängige Dritte erforderlich. Die bisher vorgesehene Unterscheidung zwischen registrierungspflichtigen systemrelevanten Fonds und nicht systemrelevanten, die von der Registrierung ausgenommen sind, lehnt der AK als willkürlich ab. Außerdem sieht er die Gefahr, dass durch Aufspaltung von Fonds die Registrierungspflicht leicht unterlaufen werden kann.

Angeichts der Tatsache, dass Hedgefonds zunehmend die Funktionen herkömmlicher Kreditinstitutionen übernehmen, fordert die österreichische Arbeiterkammer, auf Fonds gleichartige Regulierungsvorschriften anzuwenden. Um die so genannten Hebelwirkungen von Fonds zumindest einzudämmen soll eine Beschränkung der Übertragung von Fremdkapital auf die Zielunternehmen vorgeschrieben werden – vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen. Analoges gilt für die Übertragung von Schulden. Da die Folgen der Fonds-Aktivitäten unmittelbar die Belegschaften der Ziel-Betriebe betreffen, fordert der AK prinzipiell auch entsprechende Mitbestimmungsmöglichkeiten.

Da die von der EU-Kommission vorgeschlagene Richtlinie bisher keine Regelungen zur Besteuerung enthält, fordert der AK auch hier eine klare Nachbesserung. Im Interesse einer langfristigen Stabilisierung der Fi-

nanzmärkte sei ein Verbot des Verkaufs von AIFM-Produkten an Konsumenten erforderlich oder zumindest die Festlegung einer Mindestgröße von Fondsanteilen, die Kleinanleger ausschließt. Institutionelle Anleger – also vor allem (Renten)Versicherungen – sollten nur mehr in solche Fonds investieren dürfen, die mit der gegenständlichen Richtlinie in Einklang stehen. Auch die Prüfungsfristen der Aufsichtsbehörden zur Zulassung von alternativen Investmentfonds will die AK verlängert wissen. Am Gesetzgebungsverfahren wird bemängelt, dass die konkrete Ausgestaltung des zu beschließenden gesetzlichen Rahmens alleine der EU-Kommission überlassen wird (Lamfalussy-Verfahren), so dass eine umfassende parlamentarische Kontrolle der Finanzmarktregulierungen nicht stattfindet. DGB und EGB haben sich den skizzierten Änderungsforderungen im Wesentlichen angeschlossen.

Zur Neuregelung der Finanzaufsicht im Rahmen der EU hat sich der AK Europa ebenfalls mit eigenen Vorschlägen zu Wort gemeldet. Die geplante Finanzaufsicht umfasst zwei Institutionen: den Europäischen Rat für Systemrisiken (ESCR) als makro-prudentielle und das Europäische System für Finanzmarktaufsicht (ESFS) mikro-prudentielle Aufsicht. Die Kritik des AK Europa am ESCR richtet sich vor allem gegen seine Reduktion auf das Sammeln von Informationen und den Verzicht, ihn mit Handlungskompetenzen auszustatten.

Der AK Europa fordert daher, den ESCR unter die Führung des Europäischen Parlaments zu stellen, unter Einbeziehung der Sozialpartner, des Präsidenten der EZB und von VertreterInnen der nationalen Aufsichtsbehörden. Weiterhin soll die Überwachung der Finanzmärkte in einen umfassenden makroökonomischen Dialog eingebunden werden. Anders als die Richtlinie es vorsieht, votiert der AK Europa für eine uneingeschränkte Veröffentlichungs- und Rechenschaftspflicht des ESCR gegenüber der Öffentlichkeit. Der AK begründet diese Forderung damit, dass die Öffentlichkeit letztlich auch die Konsequenzen der Arbeit des ESCR tragen muss. Umgekehrt will der AK Europa die EZB, die EU-Kommission und die nationalen Aufsichtsbehörden der Mitgliedsländer verpflichtet wissen, dem ESCR alle relevanten Analysen und Expertisen zur Verfügung zu stellen, über die diese Institutionen verfügen.

Bezüglich des ESFS setzt der AK Europa auf eine konsequente Harmonisierung bei der Umsetzung der entsprechenden Richtlinien, damit es nicht zu divergierenden Auslegungen und Praktiken in den Mitgliedsländern kommt. Er betont, dass eine Harmonisierung sich nicht auf Mindeststandards beschränken darf. Eine Nichtbefolgung dieser Richtlinien soll aus Sicht des AK konsequent sanktioniert werden. Auch dieses Gremium

will der AK einer demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament unterworfen wissen. Um die Autonomie des ESFS sicherzustellen, empfiehlt der AK zudem, Maßnahmen zu treffen, die seine Unabhängigkeit von Finanzmarktakteuren gewährleisten.

Ausdrücklich bekräftigt der AK die Position der EU-Kommission, die ESFS für die Überwachung europaweit tätiger Institutionen mit dem Recht auf Nachforschungen, Inspektionen vor Ort und Aufsichtsentscheidungen auszustatten. Diese Funktionen sollen nach den Forderungen des AK allerdings grundsätzlich in Zusammenarbeit mit nationalen Behörden erfolgen, um die Rechtsstaatlichkeit entsprechender Maßnahmen zu gewährleisten. Um eine effiziente und schnelle Arbeit der ESFS zu ermöglichen, schlägt der AK vor, deren Arbeit mit der Arbeit von Verbraucherschutzverbänden zu vernetzen. Der AK begründet diesen Vorschlag damit, dass die Verbraucherschützer aufgrund ihres Verbandsklagerechts oft schneller Kenntnis über problematische Finanzprodukte erlangen als das ESFS. Schließlich fordert der AK eine Finanzierung des ESFS aus Mitteln der Finanzmärkte, die durch Steuern, wie zum Beispiel einer Finanztransaktionssteuer, generiert werden sollten. Dieser Vorschlag trifft sich mit durchaus mit der Forderung von NGOs, wie z.B. Attac, aber auch verschiedener Parteien (DIE LINKE, Grüne, teils auch die SPD) und vor allem auch vieler Bürgerinnen und Bürger, nach einer spezifischen Besteuerung der Finanzmärkte (Finanzmarkttransaktionssteuer).

Eine wichtige Ergänzung der bisher angeführten Vorschläge ist die Forderung der LINKEN im Europäischen Parlament, die umlagefinanzierten öffentlich-rechtlichen Rentensysteme zu stabilisieren und die privaten, kapitalbasierten Rentenversicherungen rückzubauen. Da die AIFM, insbesondere die Private-Equity-Fonds, von institutionellen Anlegern – und das sind vor allem private, kapitalbasierte Rentenversicherungen – gespeist werden, dürfte die von den linken Europaabgeordneten vorgeschlagene Strategie zur Altersvorsorge zu einer deutlichen Verringerung des heutigen Finanzmarkt volumens und vor allem zu einer Trockenlegung der AFIM beitragen.

Die Delegation DIE LINKE im Europäischen Parlament tritt darüber hinaus für noch weitergehende Forderungen ein: Sie verlangt ein Verbot alternativer Fonds auf EU-Ebene.

Die Verfechter der alternativen Fonds verweisen immer wieder darauf, dass die AIF die Wirtschaft mit Investitionskapital versorgen, ohne dass die Wirtschaft nicht laufen würde. Das ist jedoch eine Schutzbehauptung, denn es lassen sich auch andere Finanzsysteme denken, die die Wirtschaft ausreichend mit Investitionskapital versorgen. Unter Linken wird

deshalb auch darüber diskutiert, den Bankensektor wieder strikt von dem Geschäftssektor der so genannten Nicht-Bank-Finanzintermediäre, also den Fonds, zu trennen (eine Forderung, die letztlich auch aus dem Bereich der Volksbanken erhoben wurde). Damit wäre vor allem erreichbar, dass die Hebelwirkungen durch Kreditaufnahme seitens der Fonds bei den Banken unterbunden würden. Zugleich wäre durch eine strenge Regulierung der privaten Rentenversicherungen durchzusetzen, dass diese nicht oder nur in sehr geringem Umfang in die hoch risikobehafteten alternativen Fonds investieren dürften.

Im Ergebnis führen diese Forderungen zu einem alternativen Finanzsystem, das im Wesentlichen bestimmt ist durch öffentliche Sparkassen, öffentliche Landesbanken und Genossenschaftsbanken, die sich nicht auf spekulative Finanzgeschäfte konzentrieren, sondern auf die Versorgung der Realwirtschaft – vor allem auch kleiner und mittlerer Unternehmen – mit den nötigen Krediten und dem nötigen Investitionskapital.

Makroökonomische Politik für den ökologischen und sozialen Umbau

Über die Regulierung der Finanzmärkte hinausreichende, langfristige Alternativen schlägt das im Rahmen der Studie »Wege aus der Wachstumskrise« erstellte Gutachten »Eckpunkte einer Nachhaltigen Antwort auf die Wachstumskrise« vom August 2009 vor. Es wurde von Carlo C. Jaeger, Gustav Horn und Thomas Lux im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erarbeitet.

Als gesellschaftspolitischen Anknüpfungspunkt für Alternativvorschläge dient im Gutachten die Notwendigkeit eines ökologischen Umbaus der Produktions- und Lebensweise. Den ökonomischen Kern dieser Alternativstrategie bildet die Verknüpfung dreier Ziele, nämlich die unternehmerischen Investitionen auszuweiten, die Binnennachfrage zu stärken und die Potenzialentwicklung der deutschen Wirtschaft zu beschleunigen. Dabei sind drei Herausforderungen zu bewältigen, nämlich erstens einen Einbruch der effektiven Nachfrage zu vermeiden; zweitens ein zuverlässiges Kreditsystem zur Versorgung der Wirtschaft mit Geld als Voraussetzung zur Überwindung der Krise zu schaffen und drittens die kurzfristigen Maßnahmen zur Krisenbewältigung auf eine langfristig tragfähige Entwicklung auszurichten.

Als flankierende Maßnahmen schlagen Jaeger/Horn/Lux zunächst eine Steigerung der Staatsausgaben vor. Ergänzend soll eine Steigerung der

Nachfrage bei den wichtigsten Handelspartnern der BRD erreicht werden. Und schließlich sind Maßnahmen zur Überwindung der Kreditklemme zu ergreifen. Angesichts der hohen Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft, die sich vor allem auf Investitionsgüter bezieht, setzt das Gutachten auf eine Steigerung der Investitionen im Inland. Als relevante Investitionssektoren nennen die Autoren die Bereiche Energienutzung, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit. Als ökologisches Ziel wird der Umbau der Energiewirtschaft zu einer CO₂-freien Energieerzeugung genannt, der energetische Umbau der Gebäude (Energie-Effizienz) sowie ein ökologisch verantwortlicher Umbau der technischen Infrastruktur (Stromnetze, Fernwärme, Schienennetze etc.).

Im Gutachten wird ein Stufenplan für den Zeitraum 2009 bis 2013 vorgeschlagen. Einerseits enthält dieser Plan konkrete Vorschläge für ein staatliches Konjunkturprogramm – einschließlich der Forderung nach einer wirksamen EU-weiten Koordinierung staatlicher Maßnahmen. Andererseits fordert es eine konsequente Regulierung aller Finanzmarktprodukte (Finanz-TÜV) sowie eine rigorose Konsolidierung des Finanzsektors, die die Schließung, Zusammenlegung und bei Bedarf auch die Verstaatlichung privater Banken umfasst.

Zur Finanzierung des Konzepts schlägt das Gutachten eine auf zehn Jahre angelegte staatliche Verschuldungspolitik vor. Zur Gegenfinanzierung dieser Dekade eines gezielten Deficit Spendings votieren die Gutachter für einen Mix aus steuerpolitischen Maßnahmen, wie der Einführung einer Börsenumsatzsteuer und einer Brennelementesteuer für Kernbrennstäbe, die Anhebung bestehender Steuern sowie die aufkommensneutrale Umlagerung von Steueranreizen. Zu letzterem gehört u.a. eine Erhöhung der Besteuerung großer Vermögen bei gleichzeitiger Steuerentlastung investierter Vermögen.

Die Gutachter gehen bei ihrem Konzept von einem zusätzlichen Investitionsschub von je 50 Mrd. Euro in 2010 und 2011 aus mit der Wirkung, dass in 2010 rund eine Million Arbeitsplätze gesichert und in 2011 zusätzlich ca. eine Million Arbeitsplätze neu geschaffen werden. Damit greifen die Autoren Kernforderungen der Gewerkschaften nach Investitionsprogrammen auf, versehen diese Forderungen allerdings – im Unterschied zur vielfach kritisierten, von den Gewerkschaften gestützten Abwrackprämie – mit einer klaren ökologischen Zielvorgabe, die den klimapolitischen Notwendigkeiten Rechnung trägt. Darin liegt die Attraktivität dieser Alternativstrategie.

Ähnlich argumentiert der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) für eine koordinierte, systemische Antwort der Europäischen Union und ih-

rer Mitgliedstaaten auf die Krise. Bevor die Arbeitslosigkeit in Europa nicht entscheidend eingedämmt ist, dürfen die staatlichen Stützungsmaßnahmen nicht zurückgenommen werden. Damit bereits in den Jahren 2010 oder 2011 zu beginnen, würde die zarten Pflänzchen einer wirtschaftlichen Stabilisierung in der Europäischen Union gleich zertrampeln und die Krise verlängern.

Der EGB fordert, dass die Mitgliedstaaten die bisher bloß temporären Stützungsmaßnahmen verstetigen und massiv in den ökologischen und sozialen Umbau investieren. Die EU solle die nationalstaatlichen Programme koordinieren und sie mit einem EU-Zukunftsinvestitionsprogramm (ZIP) von mindestens 1% des EU-27-BIP verbinden. Das Geld für das EU-ZIP soll durch die Europäische Investitionsbank (Euro-Anleihen), die EBRD und den EU-Haushalt aufgebracht werden. Die EZB soll diese Euro-Anleihen aufkaufen und so die Zinsen und den Schuldendienst dauerhaft niedrig halten. Die EU müsse endlich Schritte einleiten, um den verheerenden Steuerwettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten zu stoppen und sie veranlassen, Steuern auf Unternehmensgewinne, Vermögen, Erbschaften und hohe Einkommen zu erhöhen.

Der EGB warnt vor Sozialabbau und weiterer Deregulierung der Arbeitsmärkte. Stattdessen gelte es »Gute Arbeit« zu fördern, das Sinken der Lohnquote zu stoppen und umzukehren. Aus der »Großen Depression« der 1930er Jahre müsse die Politik lernen, dass faire Löhne die Nachfrage stärken und so dazu beitragen, die Krise zu überwinden. Der damals eingeleitete Lohnsenkungswettlauf habe hingegen die Krise verlängert und vertieft. Damit bietet das EGB-Konzept zumindest einen vernünftigen Rahmen für eine europäische Anti-Krisenpolitik, an dem andere anknüpfen können.

Die bisher weitreichendste Krisenanalyse hat der us-amerikanische Ökonom Robert P. Brenner in einem Interview mit dem koreanischen Ökonomen Seongjin Jeong entwickelt. Brenner sieht die Ursache der Krise in einer sich bereits seit Jahrzehnten entwickelnden Überproduktion. Um in einem Kontext übersättigter Märkte die produzierten Güter absetzen zu können, habe die Wirtschaft auf Kostensenkung zum einen durch Rationalisierung und zum anderen durch Lohnsenkungen gesetzt. Die Rationalisierungen haben nach Brenner die Überproduktion weiter beschleunigt, die Lohnsenkungen hingegen die Massenkaufkraft abgesenkt. Im Ergebnis habe die Realwirtschaft immer weniger Profite abgeworfen. Die Antwort auf die Überproduktion sei die Entwicklung des Finanzmarktkapitalismus, dessen signifikante Merkmale eine hochgradige Deregulierung, Wettbewerb und hohe Risiken sind.

Legt man Brenners Analyse zugrunde, dann dürften die zuvor skizzierten Alternativstrategien jedoch nur erste pragmatische Schritte zur Bewältigung der aktuellen Krise sein. Denn auf die von Brenner beschriebene Problemlage geben sie keine ausreichenden Antworten. Vielmehr ist im Interesse einer nachhaltigen Krisenbewältigung anzuknüpfen an die bereits Anfang der 1980er Jahre geführte Debatte um eine grundlegende Neuorganisation der Erwerbsarbeit, die auf eine deutliche Arbeitszeitverkürzung und auf eine Neuorganisation der Einkommensverteilung abzielt. Bis Ende der 1980er Jahre haben die Gewerkschaften mit den erstrittenen Arbeitszeitverkürzungen im Sinne dieser Debatte auch erste Erfolge erzielt, die allerdings zwischenzeitlich weitgehend wieder neutralisiert wurden.

Die Linksfraktion (GUE/NGL) ist die einzige Kraft im Europäischen Parlament, die konsequent für eine solche Politik der Arbeitszeitverkürzung und Arbeitsumverteilung eintritt.

Literatur

- Bundesarbeitskammer Österreich (2009): AK Europa. AK Positionspapier »Europäische Finanzaufsicht«, August.
- Bundesarbeitskammer Österreich. AK Europa (2009): AK Positionspapier »Richtlinienvorschlag über die Verwalter alternativer Investmentfonds und zur Änderung der Richtlinien 2004/39/EG und 2009/.../EG (Hedgefonds und Private Equity).«, August.
- Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB) (2009): The European exit strategy: fiscal stimulus can only be withdrawn when unemployment is down long enough!; Statement by the ETUC's Executive Committee, 20/10/2009; <http://www.etuc.org/a/6588>
- Jaeger, Carlo C./Horn, Gustav/Lux Thomas (2009): Eckpunkte einer nachhaltigen Antwort auf die Wachstumskrise. Gutachten im Rahmen der Studie »Wege aus der Wachstumskrise« im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin, 4. August.
- Jeong, Seongjin (2009): Robert P. Brenner on the Crisis. Interview by Seongjin Jeong in The Hankyoreh (South Korea), 1/29 (deutsch: »Die derzeitige Krise wird der Großen Depression gleichkommen«, Robert P. Brenner im Interview mit Seongjin Jeong, in: Sozialismus 3/2009).
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2009): Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat. Langfristige tragfähige öffentliche Finanzen für eine sich erholende Volkswirtschaft, Brüssel, 14.10. KOM(2009) 545 endgültig.

Abkürzungsverzeichnis zu den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

AT	Austria	Österreich
BE	Belgium	Belgien
BG	Bulgaria	Bulgarien
CY	Cyprus	Zypern
CZ	Czech Republic	Tschechische Republik
DE	Germany	Deutschland
DK	Denmark	Dänemark
EE	Estonia	Estland
EL	Greece	Griechenland
ES	Spain	Spanien
FI	Finland	Finnland
FR	France	Frankreich
HU	Hungary	Ungarn
IE	Ireland	Irland
IT	Italy	Italien
LT	Lithuania	Litauen
LU	Luxembourg	Luxemburg
LV	Latvia	Lettland
MT	Malta	Malta
NL	The Netherlands	Niederlande
PL	Poland	Polen
PT	Portugal	Portugal
RO	Romania	Rumänien
SE	Sweden	Schweden
SI	Slovenia	Slowenien
SK	Slovakia	Slowakei
UK	United Kingdom	Vereinigtes Königreich



Dieses Supplement erscheint als Publikation von Jürgen Klute MdEP, Delegation DIE LINKE in der Konföderalen Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament

»Die EU-Mitgliedsstaaten sollen die Krise nutzen, um – wie bisher – neoliberale Strukturreformen durchzusetzen. Die Kommission wird sie dabei unterstützen, mit Argumenten und, wenn nötig, mit Defizitverfahren und entsprechenden nach dem Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehenen Sanktionen. Dabei finden innerhalb der EU-Institutionen keine erkennbaren, auch nur halbwegs ernsthaften Krisenanalysen statt. Nur so ist zu erklären, dass den Regierungen die immergleichen Medikamente verordnet werden sollen – lediglich in höherer Dosis.

Auch was die völlig aufgeblähten und außer Kontrolle geratenen Finanzmärkte angeht, ist von Korrekturen oder gar einer Abkehr vom brüchigen Modell des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus keine Rede. Gegenwärtig steht eine Reihe von Richtlinien zur Reform der europäischen Finanzmärkte mitten im Gesetzgebungsprozess. Richtungsweisende Initiativen sind dabei aus Brüssel nicht zu erwarten. Der derzeitige Konsens in der EU schießt sich auf Probleme in Aufsicht und Transparenz an den Märkten ein. Die Finanzmärkte selbst und ihr Stellenwert werden nicht als Problem begriffen.

Dagegen sollen hier zum einen konkrete Defizite benannt werden, die auf dem Weg zu einer wenigstens kurzfristig funktionierenden Minimalregulierung fehlen. Zum anderen wenden wir uns alternativen Lösungsvorschlägen zu, die dem Anspruch gerecht werden sollen, der Tiefe der aktuellen Krise Rechnung zu tragen.« (Aus dem Beitrag von Jürgen Klute MdEP)